

Weltpolitik in Genf.

Italien garantiert den Rumänen Bessarabien

Am Dienstag erlebte Genf nun doch ein Ereignis von weltpolitischer Bedeutung. Scialoja, der italienische Delegierte beim Völkerbund, teilte den Pressevertretern mit, daß seine Regierung am Montag beschlossen hat, das Abkommen vom Oktober 1920 über Bessarabien zu ratifizieren.

Am 1. Juni 1920 ist Bessarabien schon durch den Friedensvertrag von 1919 Rumänien zugesprochen. Im Jahre 1920 wurde trotzdem auf Wunsch der damaligen rumänischen Regierung ein besonderes Abkommen mit Frankreich, England, Italien und Japan abgeschlossen, in dem diese Länder die Zugehörigkeit Bessarabiens zu Rumänien ausdrücklich garantieren. England und Frankreich ratifizierten dieses Abkommen bald nach seinem Abschluß. Die ihnen in Aussicht gestellten handelspolitischen Gegenleistungen waren von Rumänien in vollem Umfange erfüllt, so daß für die beiden Großmächte schließlich ein gewisser Zwang zur Einlösung ihres Versprechens vorlag. Anders bei Italien und bei Japan, das sich schließlich zu einer besonderen Garantie nur bereit erklärte, um überhaupt dabei zu sein. Erst unter Averescu hat Mussolini nunmehr jene Abhängigkeit der rumänischen Regierung von Italien erreicht, auf die er mit Rücksicht auf seine Mittelmeerpolitik seit langem hinarbeitete. Als Lohn dafür hat die italienische Regierung jetzt ebenfalls den Vertrag unterzeichnet, und damit ist er nach den bestehenden Bestimmungen rechtskräftig geworden.

Rumänien hat diese Rechtskraft sehr teuer erkauft. Es hat sich für lange Zeit die Freundschaft Italiens gesichert, aber andererseits hat sein Verhältnis zu Rußland, auf das es bisher immer großen Wert legte, einen neuen Stoß erhalten. Die italienische Genfer Delegation erklärt eine Erklärung zur Beruhigung Rußlands, die aber nicht viel helfen wird.

Paris, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Genfer Nachricht, daß Italien die rumänische Souveränität über Bessarabien anerkennt, hat hier stark überrascht. Die Presse ist überzeugt, daß diese Initiative Italiens auf englischen Einfluß zurückzuführen ist und ein Glied in der Politik der Entzweiung Rußlands durch Chamberlain bildet. Moskau wird fühlen, meint der „Intransigent“, daß, wenn Chamberlain Mussolini in einem italienischen Hofen vor Monaten getroffen hat, das nicht umsonst geschehen ist.

Die Aussprache Stresemann-Zaleski durch die Westmächte vorbereitet.

Genf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Erst am Mittwoch wird der Reichsaussenminister mit dem polnischen Außenminister Zaleski endlich zu einer Unterredung über die zwischen Deutschland und Polen schwebenden Probleme zusammentreffen. Die Gerüchte, daß der englische Außenminister zur Lösung der zwischen den beiden Ländern schwebenden Probleme bestimmte Vorschläge unterbreitet hat, sind unrichtig. Die Bemühungen Chamberlains wie Briands gingen ausschließlich dahin, möglichst bald eine Aussprache zwischen dem deutschen und polnischen Außenminister herbeizuführen.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Besprechungen zwischen Stresemann und Zaleski sofort zu unmittelbaren Ergebnissen führen werden. Aber die Hoffnung ist berechtigt, daß mindestens eine Atmosphäre geschaffen wird, die eine Wiederaufnahme der unterbrochenen Handelsvertragsverhandlungen mit der Aussicht auf Erfolg ermöglicht.

Die englische und französische Delegation haben bereits in diesem Sinne auf den Außenminister Zaleski eingewirkt.

Genf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Danziger Anleihefrage ist am Dienstag endlich in zwei Beschlüssen des Finanzkomitees zum Abschluß gebracht worden. Danach ist für die Begrenzung der Kompetenz der polnischen Zollinspektoren in Danzig eine Formel gefunden worden, die das Entscheidungsrecht ungeschmälert dem Danziger Senat zuspricht. Für das Finanzkapital des Tabakmonopols ist folgende Verteilung vorgeschlagen: 41 Prozent Danzig, 29 Prozent Polen und je 12 Prozent Deutschland, Holland und England. Die vom Völkerbund zu empfehlende Anleihe von 40 Millionen Gulden Effektivbetrag dürfte nominell sich auf 45 Millionen belaufen. Unabhängig davon darf der Hafenaustausch noch eine Anleihe von 20 Millionen Gulden aufnehmen, aus der 7 Millionen für die Stadt Danzig für kurzfristige Anleihen zurückzahlen sind. Die Zahlungen, die Danzig an die Reparationskommission zu leisten hat, sind auf 9 Millionen und an die Botschafterkonferenz für die Befähigungskosten auf 6 Millionen festgesetzt worden.

Die Danziger Delegation hat der Formel zugestimmt. Die Zustimmung Polens liegt noch nicht

vor. Für den Fall, daß die Vorlage vom Völkerbundsrat genehmigt wird, geduldet die Danziger Delegation, das Anleihen-gesetz am 15. März dem Senat vorzulegen.

Genf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Außenminister erklärte am Dienstag vor Pressevertretern, daß England durchaus bereit sei, die Vorfälle in China vor dem Völkerbund zu erörtern. Aber erst müßten die innerchinesischen Verhältnisse so weit geklärt sein, daß man wüßte, mit wem man im Namen Chinas verhandeln könne. Anschließend sprach sich Chamberlain sehr scharf gegen die Haltung der russischen Regierung bei den chinesischen Wirren aus. England müsse unbedingt eine Aenderung in der bisherigen Haltung Rußlands erwarten.

Stresemann in Genf.



Nur Saarfrage und deutsch-polnische Beziehungen wird ernsthaft behandelt.

Paris, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps“ betont, daß die einzige und wirklich bedeutsame Debatte in Genf über die Saarfrage stattfinden wird. Von den Kulissenbesprechungen verdienen nur die zwischen Stresemann und Zaleski Beachtung. Es sei interessant, festzustellen, daß man darüber in Berlin Beunruhigung verspürt, und zwar ganz besonders über den Einfluß, den Chamberlain dabei ausüben könnte. Das wäre ein neues Zeichen für das in Deutschland herrschende Misstrauen der englischen Politik gegenüber, die man, ob zu Recht oder zu Unrecht, als gegen Rußland gerichtet ansehe.

Ueber die oberschlesische Schulfrage wahrscheinlich Haager Schiedsgerichtsurteil

Genf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerbundsrat befaßte sich am Dienstag unter anderem mit dem deutsch-polnischen Schulstreit in Oberschlesien. Dieser Punkt der Tagesordnung wurde ohne jede Diskussion einer Kommission aus drei Mitgliedern überwiesen. Ihr gehören an der schlesische Berichterstatter Urtittu, der italienische Ratsdelegierte Scialoja und der holländische Ratsdelegierte van Troostwijk. Die Kommission soll noch während der jetzigen Ratsstagung Vorschläge über die Regelung des Konflikts machen. Es ist wahrscheinlich, daß sie beantragt, eine Ent-

scheidung des Haager Schiedsgerichts über Angelegenheit einzuholen.

Der Rat befaßte sich dann noch einen Antrag des belgischen Außenministers, Genossen Vandervelde, auf Berufung eines Sachverständigen-Komitees für Pressefragen am 24. August 1927. Diese Konferenz soll aus 40 Mitgliedern, zwar in erster Linie Direktoren der großen Agenturen und Zeitungen, bestehen. Journalisten sind nur als Beisitzer in Aussicht genommen; das gleiche gilt für den Präsidenten des Internationalen Verbandes der Völkerbundsjournalisten sowie weitere Vertreter internationaler Presseverbände. Im Übrigen beschloß der Rat gemäß einem Antrag von Benesch, den Völkerbund im September mit der Frage des Funktionierens der Völkerbundsorganisation und besonders des Völkerbundsrats politischen Krisenzeiten zu besetzen. Es ist vorgeschlagen, daß die Vollversammlung im September einen Beschluß fassen, der sämtliche Völkerbundsmitglieder obligatorisch verpflichtet, in Krisenzeiten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Arbeit des Völkerbundes zu erleichtern.

Landbändler-Wünsche an die Reichsregierung.

Der Reichslandbund hat der Reichsregierung Montag eine vorläufige Quittung für seine Unterstützung des Reichsbürgerblocks vorgelegt. Ein halbes Duzend seiner führenden Vertreter war aufgeboden, um den zuständigen Ministern in Reichskanzlei die verschiedensten Wünsche in bezug auf die Handels-, Steuer- und Kreditpolitik vorzutragen.

In handelspolitischen Fragen besteht zwischen dem Reichslandbund und seinem Minister Schiele, der das Reichs-Ernährungsministerium befreit, kaum eine wesentliche Meinungsverschiedenheit. Das Drängen der agrarischen Unterhändler geht dahin, Einfuhr von polnischer Getreide und polnischen Fleisch nach Möglichkeit zu verhindern oder wenigstens zu erschweren. Da zurzeit das Ende des deutsch-polnischen Zollkrieges noch nicht abzusehen ist, bleibt für die Reichsregierung auf diesem Gebiete wenig zu tun. Anders steht es dagegen mit den Steuer- und Kreditforderungen. Es ist bekannt, daß die Landwirtschaft von ihr hauptsächlich die Großagrarier in den letzten Jahren außerordentlich wenig Steuern gezahlt hat. Von der Einkommensteuer bringt die Landwirtschaft zum Beispiel nach den Feststellungen des Staatssekretärs Poppih nur einen ganz geringen Bruchteil auf, und auch ihre übrige Steuerbelastung ist wesentlich gegen früher zurückgegangen. Trotzdem vertritt die Großagrarier noch weitere Steuererleichterungen vor allem eine langfristige Stundung der Steuern und die Herabsetzung der Zinsen für langfristige Darlehen.

Im Zusammenhang damit versucht man, der vom Landbund nahezu ganz beherrschten Rentenbank-Kreditanstalt eine besondere Rolle zuzuwenden, die eine Einschränkung der Geschäftstätigkeit der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse bedeuten würde. Praktisch kann das leicht dazu führen, daß die Kreditgewährung an die bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe hinter den Kreditforderungen der Groß-Landwirtschaft zurückgestellt wird. Sehr man im Interesse der gesamten landwirtschaftlichen Produktion eine Senkung der Zinsen wünschen muß, so wenig davon die Rede sein, daß eine Zinsentlastung unabhängig von den übrigen Geld- und Kapitalmarkt durchführbar ist. Man wird daher abwarten müssen, welche Zugeständnisse die Regierung der Landwirtschaft bisher gemacht hat. Aus den vom Reichslandbund ausgehenden Mitteilungen über die Talsache der Verhandlungen in der Reichskanzlei erfährt man darüber wohlweislich nichts.

Der mißglückte Bauernbunds-Auftauf des Landbundes.

Der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Täglichen Rundschau“ hat der Deutsche Bauernbund folgende Berichtigung übersandt:

„In Nummer 111 stellen Sie unter der Ueberschrift „Bauernbund und Reichslandbund“ die Behauptung auf, daß neben dem bisherigen Präsidialmitglied unserer Organisation, Sachbarth, zahlreiche führende Persönlichkeiten des Bauernbundes, insbesondere die Kreisvorsitzenden aus den Kreisen Gebieten und sämtliche Geschäftsführer, zum Reichslandbund übergetreten seien. Diese Behauptungen sind im vollen Umfange un wahr, wie es auch unwahr ist, daß seitens des Deutschen Bauernbundes eine politische Untschwendung in Vorbereitung ist. Ich darf wohl auch ohne Hinweis auf § 11 des Pressegesetzes erwarten, daß Sie in loyaler Weise Ihre falschen Behauptungen richtig stellen, wobei es mir persönlich darauf ankommt, daß nicht „sämtliche Geschäftsführer“ zum Landbunde übergegangen sind. Mit mir sind alle die Herren als Beamte der Organisation gebildet, die auch gegen eine hohe Bezahlung nicht ihre Gefinnung zu wechseln bereit sind.“
Hochachtungsvoll gez. Jery,
Generalsekretär des Deutschen Bauernbundes

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. H. Cole und Margarete Cole.
Autorisierte Uebersetzung von Mathilde Wertheimer.

45]

„Wenn das stimmt, dann wird er bald loschlagen. Aber ich glaub's nicht. Mein Instinkt sagt mir, laufen und halten.“
„Kun, du mußt ja am besten wissen, was du zu tun hast, alter Fuchs. Ich für meinen Teil werde sie nicht anrühren. Die Sache scheint mir faul und ich werde meine Hände davon lassen. Ich habe eine Familie zu erhalten, wie du weißt.“
Das war nicht das einzige Gespräch dieser Art, welches in den auf Pasquetts Ankunft folgenden Tagen geführt wurde. Am Tage nach seiner Unterredung mit Lord Caling veröffentlichten mehrere Zeitungen eine Notiz, „von gut unterrichteter Seite“, in der aufs Bestimmteste vermeldet wurde, Pasquet hätte es abgelehnt, mit der Anglo-Asiatik zusammenzuarbeiten, und mit der Konzeption wäre es alle. Diese Notiz wurde am nächsten Tag von Lord Caling persönlich, wenn auch in allgemeinen Phrasen, dementiert, während Pasquet sich in seinem Hotel weigerte, irgend eine Erklärung abzugeben. Damit war Lord Calings Dementi um jede Wirkung gebracht. Lord Caling hatte nicht behauptet, daß die Konzeption durchgeführt werden sollte. Er hatte lediglich dementiert, daß die Verhandlungen hierüber abgebrochen werden seien. Die City zog aus Pasquetts Schweigen ihre eigenen Schlüsse und die Aktien der Anglo-Asiatik erlebten einen neuerlichen Kurssturz.

Dann begannen sie, geheimnisvollerweise, ohne daß irgend jemand hätte sagen können, warum, zu steigen und stiegen langsam, aber stetig weiter. Die City war sich klar, daß einige bedeutende Käufer auf dem Markt waren, aber es erwies sich als unmöglich, festzustellen, wer diese Käufer seien oder was sie damit bezweckten. Ihre Identität blieb im Dunkel und die City mußte sich auf ihren eigenen Schatz verlassen. Wie weit die Meinungen auseinandergingen, dürfte das oben wiedergegebene Gespräch bezeugen haben. Das Ansehen der Aktien wackelte auf regelrechte Käufer, im Geiste einer Kontinente, zurückzuführen sein; es konnte sich aber auch um Käufer einer Gruppe handeln, welche auf Haupte spekulierten. Wo war des Käufers Lager?...

Ehe das Steigen der Aktien einkehrte, bezw. ehe bekannt wurde, daß ausgebehnte Käufe stattfanden, hatten die drei Direktoren der Anglo-Asiatik mehr als eine erregte Debatte miteinander. Eines Tages kam Pasquet, welcher einen zweiten erfolglosen Versuch, Pasquet zu einer geschäftlichen Aussprache zu bewegen, gemacht hatte und damit elend abgefahren war, zu Lord Caling und erklärte ihm, daß er aufschließen sei, sein ganzes verbleibendes Aktienpaket an Anglo-Asiatik loszuschlagen, wenn er keine Gewissheit darüber erzielte, daß Pasquet beteiligen werde. „Hören Sie, Caling, wenn diese verdammten Aktien weiter fallen, bin ich ruiniert. Ich glaube, dieser Schwindler Pasquet wird uns sitzen lassen. Blaitie hat mir gesagt, daß er von einem Zusammengehen mit einem französischen Syndikat spricht. Es ist nichts als Humbug, daß er nicht von Geschäften sprechen will, bis er Kablets Nord gerächt hat. Ein Schwindler ist er. Er ist dabei, hinter anderer Rücken mit den Franzosen zu plaktieren. Was sagen Sie? Soll man verkaufen?“

„Sie müssen sich auf Ihr eigenes Urteil verlassen, Banzetti. Ich persönlich bleibe auf meinen Aktien sitzen und vertraue darauf, daß Pasquet mit offenen Karten spielt. Verkaufen Sie, wenn Sie wollen — ich für meinen Teil habe, wenigstens im Augenblick.“

„Sie können das aushalten“, sagte der Riese. „Sie können so was durchhalten. Haben Sie vielleicht irgend etwas aus Pasquet herausbringen können? Ich meine, hat er Ihnen vielleicht einen Tip gegeben?“

„Rein lieber Freund, man kann mit diesem Pasquet nichts anderes tun, als ihm seinen Willen zu lassen. Wenn wir ihn jetzt zu einer Entscheidung drängen, wird er bloß mit „Rein“ antworten.“

„Kun, Caling, ich sage Ihnen auf den Kopf zu, daß er meiner Meinung nach ein doppeltes Spiel spielt. Sie können auf Ihren Aktien sitzen bleiben. Ich verkaufe.“

Und so verkaufte Banzetti sein Paket, während Lord Caling — nun, wir wissen ja, daß am Tag, nachdem Banzetti abgefahren hatte, die Aktien der Anglo-Asiatik zu steigen begannen.

John Pasquet war noch immer in London, im Avenue-Hotel. Es war ihm gelungen, sich mit den britischen Bolschewiken in Verbindung zu setzen, und er begann, Referate seine Führer auszusprechen. Er hatte ein oder zwei Referate über die Notwendigkeit der diplomatischen Anerkennung Rußlands und der

Verbesserung der Handelsbeziehungen mit Rußland, zum Zweck der Verminderung der Arbeitslosigkeit, gehalten. Er hatte Oberinspektor Wilson mitgeteilt, daß er gute Fortschritte mache, und mit Bestimmtheit hoffe, bald Näheres über Rosenbaums Verbleib zu erfahren. Der Bolschewismus sei in der Clyde-Gegend sehr rührig und er habe sich entschlossen, mit Empfehlung der Londoner Führer dorthin zu fahren. Vor seiner Abreise hatte er noch eine Zusammenkunft mit Wilson verabredet, um sich Verhandlungsmaßregeln zu holen für den Fall, daß er in Glasgow tatsächlich auf Rosenbaums Spuren stoßen sollte.

Die Polizei hatte in der Zwischenzeit alles, was in ihren Kräften stand, getan, um Rosenbaums weitere Schritte zu verfolgen. Das letzte, was sie feststellen konnte, war, daß Rosenbaum in Charing Cross sein bekanntes Manöver wiederholt hatte und in einem anderen Tag weitergefahren war, aber der Führer konnte nicht ermittelt werden. Das war nicht verwunderlich, da sich der unglückliche Chauffeur am Tage, an dem er Rosenbaum gefahren, die landesübliche Grippe geholt und sich niedergelagert hatte. Drei Tage später war er gestorben, ohne gehnt zu haben, daß er einen wertvollen Schlüssel für die Aufdeckung eines Verbrechens mit sich ins Grab nahm. So vertief sich Rosenbaums Spur in nichts und Blaities verweirte Anstrengungen, sie wieder aufzunehmen erwiesen sich als völlig fruchtlos.

Blaitie hatte jedoch bei seinem, auf Wilsons Befehl hin unternommenen Versuch, festzustellen, was jener Arthur Wharton sei, der in Warshaw nach Pasquet herumgezogen hatte, mehr Glück. Als er herausfand, daß Wharton ein Angestellter der Anglo-Asiatik sei, pfliff er leise vor sich hin und beschloß, nichts Weiteres zu unternehmen, ehe er nicht Wilsons Rat eingeholt hatte. Der Oberinspektor sandte Blaitie mit einer direkten Frage zu Wharton und brachte diesen jungen Mann damit in eine arge Verlegenheit. „Warum“, fragte ihn Blaitie, „haben Sie Mr. Pasquet in Warshaw gesucht?“ Arthur entgegnete, daß er im Auftrage der Anglo-Asiatik geschäftlich nach Warshaw gegangen sei und gewußt habe, daß seine Firma großen Wert darauf legte, mit Pasquet in Verbindung zu kommen.

„Wieso sind Sie auf den Gedanken gekommen, daß Pasquet in Warshaw sein könnte?“ fragte der Inspektor.

„Um... Kablets Rechtsanwalt, Mr. Franklin, hielt es für wahrscheinlich“, entgegnete Arthur, nachdem er vergeblich nach einer Ausfluchtstube gesucht hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Regierungsbildung in Thüringen

Als Weimar wird uns geschrieben: In Thüringen ist man jetzt eifrig dabei, eine Regierung zu bringen. Das ist jedoch nicht so einfach. Die Wahlen vom 30. Januar haben zwar den Ordnungsparteien eine ganz erhebliche Niederlage gebracht und ihre Herrschaft gebrochen, doch ist der Erfolg, den die Sozialdemokratie durch einen Zuwachs von rund 50 000 Stimmen gehabt hat — alle übrigen Parteien haben, mit Ausnahme der neu auftretenden Wirtschaftspartei, schwere Verluste erlitten — nicht groß genug, um allein den Kurs in Thüringen bestimmen zu können.

Die Mehrheitsverhältnisse in Thüringen liegen ähnlich wie in Sachsen und in anderen Ländern. Keine der sozialwirtschaftlichen Klassengruppierung kann gegen die andere regieren. Die politische Beeinflussung der Arbeitermassen durch die Sozialdemokratie als die maßgebende Vertreterin der Arbeiterinteressen ist heute so groß, daß sich die Kräfte der Klassen auch in Thüringen die Waage halten, so daß die Entscheidung, welche Politik führend sein soll, von den kleinen Splinterparteien, den Demokraten und Aufwärtlern, die drei Mandate besitzen, abhängen. Diese drei Abgeordnete haben es also in der Hand, über einen Rechts- oder Links- oder Mittelkurs zu entscheiden. Dabei sind die Demokraten nicht etwa, wie die Sozialdemokraten, siegreich aus dem Wahlkampf hervorgegangen, sondern sie haben gegenüber der letzten Reichstagswahl fast 40 Prozent ihrer Stimmenzahl verloren. Um überhaupt Fraktionsstärke zu erlangen, mußte sich der Aufwärtler ihnen anschließen.

In den letzten Tagen hat sich nun der von dem sozialdemokratischen Landtagspräsidenten bestimmte Unterhändler, der Abgeordnete Brill (Soz.) bemüht, eine Linksregierung auf Grund des Ergebnisses des Wahlausganges zustande zu bringen. Er ist gescheitert; einmal an der Auffassung der beiden Demokraten über die Anwendung der parlamentarischen Demokratie, wiewohl der stärksten Partei der siegreichen Opposition die Führung der Landespolitik zu übertragen ist, und ein andermal durch die bornierte Haltung der Kommunisten, die zwar eine sozialdemokratische Minderheitsregierung „dulden“ wollten (die mit Unterstützung der Kommunisten keine Mehrheit hat) nicht aber eine Regierung, an der auch Demokraten beteiligt sind. Dabei konnte der sozialdemokratische Unterhändler — und das ist das Größte an der Haltung der Demokraten und Kommunisten — während den Verhandlungen mit diesen beiden Parteien eine vollkommen sachliche Übereinstimmung mit dem von der Sozialdemokratie aufgestellten Arbeitsprogramm feststellen. Die Kommunisten hatten zwar, um ihre Existenzberechtigung vor ihren Mitgliedern zu beweisen, auch wieder „Mindeforderungen“ aufgestellt, mußten jedoch selbst zugeben, daß ihre Forderungen in dem sozialdemokratischen Arbeitsprogramm nicht nur aufgehen, sondern dieses in ihrer Zielstellung und in Einzelheiten noch weiter geht wie das kommunistische. Das hat die kommunistischen Demagogen natürlich nicht abgehalten, tagaus und tagein zu behaupten, die sozialdemokratischen Führer bereiteten eine Große Koalition vor.

So haben sich diese beiden Parteien zunächst einmal sehr gut in die Hände gearbeitet, um aus ihrer Verlegenheit herauszukommen, dann aber auch die Geschäfte der Reaktion besorgt. Denn das Ergebnis ihrer bisherigen Haltung ist, daß vorläufig die von ihnen so bekämpfte „Ordnungs“-regierung noch geschäftsführend weiter im Amte bleibt, vielleicht bis zu dem Tage, wo sich herausstellt, daß unter den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen eine Regierungsbildung unmöglich ist und der neugewählte Landtag wieder aufgelöst werden muß.

Nach dem Scheitern des sozialdemokratischen Unterhändlers war dann ein Landbündler mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Er hatte von den Parteien des Ordnungsbundes den Auftrag, nur mit der Demokraten auf der Grundlage zu verhandeln, eine „nichtmarxistische Regierung“ zu bilden. Auch er ist gescheitert und hat seinen Auftrag an den Landtagspräsidenten zurückgegeben, da den Demokraten eine nochmalige Koalition bis zu dem Nationalsozialisten Dinter doch eine zu starke Belastung sein und ihren völligen politischen Bankrott bedeuten würde.

Es bleibt nunmehr noch als letzter Versuch, der Zweimännerfraktion der Demokraten die Regierungsbildung zu übertragen. Sie sollen jetzt einmal zeigen, ob sie eine „Regierung der Mitte“, auf die sie sich festgelegt haben, zustande bringen, einer Mitte, die es in Thüringen gar nicht gibt; denn Landbund, Deutsche Volkspartei und die neue Wirtschaftspartei sind keine Parteien der Mitte. Die Wirtschaftspartei, die bei der letzten Wahl die Aufgabe hatte, die rebellierenden Wähler des Ordnungsbundes aufzufangen, hat gerade jetzt erst einen völkischen Abgeordneten als Hospitant in ihren Kreis aufgenommen. Außerdem sitzt in der Führung der Partei ein Mann, der bei der vorletzten Wahl von den vaterländischen Parteien als Kandidat präsentiert und auch gewählt worden war. Der Gedanke, daß die Sozialdemokratie mit diesen stotreaktionären Parteien eine Regierung bilden könnte, erscheint in Thüringen so absurd, daß er, mit Ausnahme der Kommunisten, die eine solche Koalition sehr wohl herbeiwünschen, sonst von niemand weiter ernstlich diskutiert wird.

Weimar, 9. März. (Eigener Funkbericht.) Das Präsidium des thüringischen Landtages beauftragte am Dienstag den volksparteilichen Abgeordneten Bauer-Sondershausen mit der Bildung einer Regierung. Bauer nahm den Antrag, vorbehaltlich der Zustimmung seiner Fraktion, an.

Das gewerbliche Berufsschulwesen im preussischen Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des preussischen Landtages beriet am Dienstag den zurückgestellten Abschnitt vom Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung über das Berufsschulwesen. Minister Dr. Schreiber wies darauf hin, daß die Zunahme der Schüler an den gewerblichen Berufsschulen im letzten Jahre sich auf 90 000 stellte. Der bisher gezahlte Zuschuß sei wiederum vorgezogen. Der in Aussicht stehende Finanzausgleich könne erst endgültig ein Bild geben, wieweit die Forderung über eine Vermehrung des Zuschusses berücksichtigt werden könne. Abg. Mertens (Dem.) stellte fest, daß ungefähr 2 Millionen Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren durch keine Berufsschule zurzeit in Preußen erfaßt würden. Es sei eine sofortige Erhöhung der Staatszuschüsse nötig. Abg. Thiele (Soz.) behandelte die Frage der Werkzeuge und die Bezahlung der erwerbslosen Jugend, die in Produktionsbetriebe keinen Platz findet.

Ein vernünftiger Nichthofen gegen seine schlesischen Verwandten.

Der deutschnationale Führer im gegenwärtig tagenden Provinziallandtag, Landrat a. D. Frh. v. Nichthofen-Mertshöh, hatte vor einiger Zeit ein Schreiben an seinen Verwandten, den demokratischen Reichstagsabgeordneten Hartmann Frh. v. Nichthofen gerichtet, worin er ihn aufforderte, nach seinem Eintreten für die Republik und gegen die Adelsprivilegien im Reich sowie für die bedingte Enteignung der Fürsten, seinen Adel abzulegen, der der Familie vom König Friedrich dem Großen verliehen sei. Nichthofen-Mertshöh, der sonst vorsichtiger und verbindlicher ist, mag durch gehässige und noch beschränktere Mitglieder der Familie, die sich auf Demokratenhaft neuerdings spezialisieren, zu diesem Schritt gedrängt worden sein.

Er bezieht dafür gestern ein offenes Antwortschreiben seines demokratischen Veters, in dem ihm freundlich aber deutlich die Wahrheit gesagt wird, daß 1818 die Vertreter des Gedankens der Adelsrechte in die Mausefänger gebracht waren, und daß sie die Möglichkeit zur politischen Betätigung nur der Toleranz der Republikaner danken. Im übrigen habe schon der Vater des demokratischen Abgeordneten, Staatssekretär Frh. v. Nichthofen, sich für eine Revision der alten Bismarck-Verfassung eingesetzt, und der Großvater sei sogar ständiger Mitarbeiter der demokratischen „Frankfurter Zeitung“ gewesen. Staatsreaktionär sind also nur diejenigen Nichthofens geworden, die auf ihren ostelbischen Klitschen als Herrn sitzen blieben. Mit dem Adel der Nichthofens stände es ebenfalls nicht ganz so, wie es nach dem Brief von Nichthofen-Mertshöh aussehe. Er stamme gar nicht von Friedrich dem Großen. Wörtlich heißt es darüber:

„Unser Verfahren haben als bescheidene Bürger des kleinen Städtchens Bernau vor nunmehr bald vierhundert Jahren ihr Vorgesetzter für ihre Mitbürger erstritten; sie sind dann in Schlesiens loyale Untertanen der Habsburger gewesen, von denen sie den Adel und zum Teil auch den Freiherrntitel hatten. Als sie dann durch die Entscheidung der Schlesiens Kriege zu Preußen wurden, haben sie in gleicher Weise den preussischen Königen gedient. Ich vermag nicht einzusehen, warum unsere Familie sich nun nicht auch allmählich, aber sicher, der durch das gewaltige Ereignis des Weltkrieges geschaffenen geschichtlichen Entwicklung anpassen sollte, und warum die Mitglieder unserer Familie nicht auch treue Mitglieder des jetzt in der deutschen Republik zusammengefaßten deutschen Volkes sein oder werden sollten.“

Die Nichthofen-Mertshöh und Nichthofen-Boguslawitz dürften sich diese Antwort nicht gerade hinter den Spiegel stecken.

Die Mieterbünde gegen die Wohnungspolitik der Bürgerblodregierung.

Auf Grund des Kabinettsbeschlusses über eine Mieterhöhung von 10 Prozent zum 1. April und eine weitere von 10 Prozent zum 1. Oktober d. Js. hat der Gesamtverband des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. nach eingehender Beratung beschlossen, an die Reichsregierung, an Reichsrat, die Landesregierungen und die politischen Parteien sofort mit einem Protest heranzutreten, in dem es unter anderem heißt:

„Jede 10 Prozent Mieterhöhung belastet die deutsche Mieterschaft mit jährlich 500 Millionen Reichsmark, den Einzelhaushalt des Inhabers einer Kleinwohnung mit jährlich 20 bis 60 Mark. Bei der jetzigen Wirtschaftslage können die Arbeiter und Angestellten eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht durchsetzen, ganz zu schweigen von den Sozial- und Kleinrentnern, den Kriegsschädigten und Hinterbliebenen, den Angehörigen der freien Berufe, den Heimarbeitern, Kurzarbeitern und Erwerbslosen, die unter der dauernden Verteuerung der Lebenshaltung besonders empfindlich leiden.“

Da die Steigerung des Zinsfußes für die abgewerteten Hypotheken erst am 1. Januar 1928 eintritt, der erste Termin für die Zahlung der erhöhten Zinsen sogar erst auf den 1. April 1928 fällt, so entfällt jede Notwendigkeit, vor dem 1. April 1928 eine Mieterhöhung einzutreten zu lassen. Wer die Gesundung unseres Wirtschaftslebens will, muß jede

weitere Milderung der Kaufkraft zu unterbinden suchen; dieser volkswirtschaftliche Gesichtspunkt allein rechtfertigt bereits die Ablehnung jeder Mieterhöhung im jetzigen Zeitpunkt.

Der Gesamtverband des Reichsbundes Deutscher Mieter richtet deshalb an die Reichsregierung und den Reichsrat die dringende Bitte, den Beschluß auf Mieterhöhung zum 1. April 1927 zurückzuziehen bzw. ihm die Zustimmung zu verweigern.“

Aus dem Reiche.

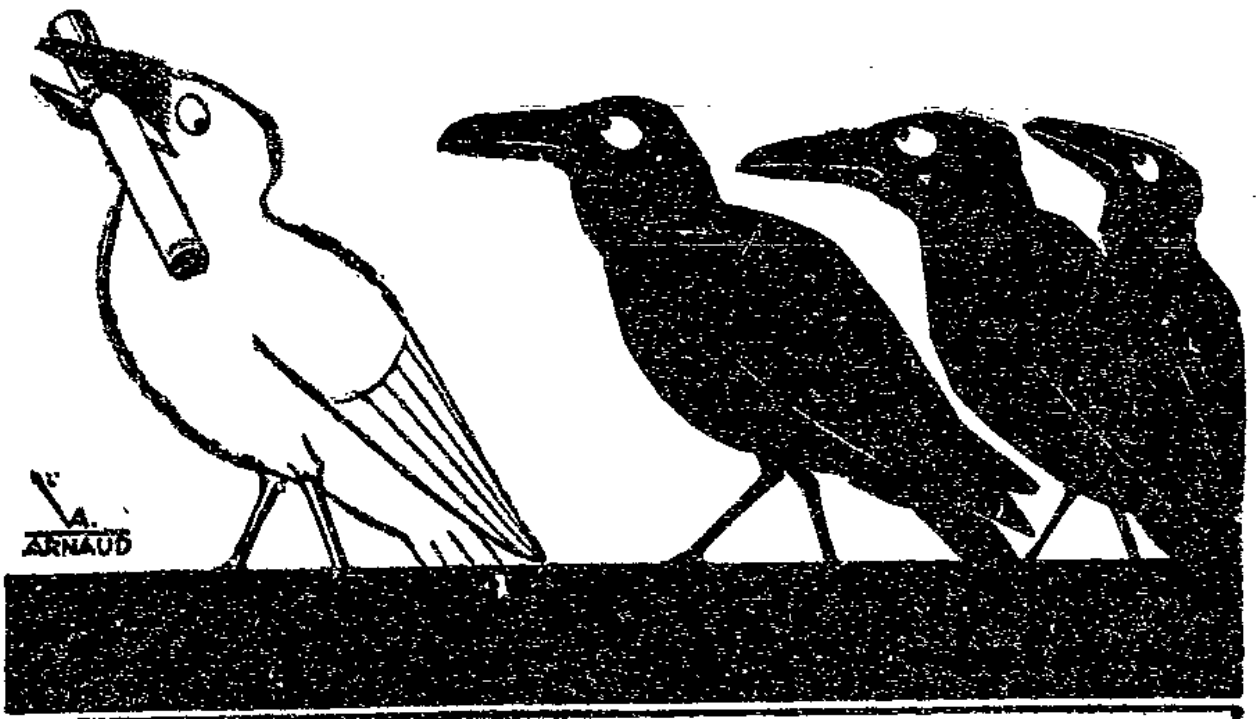
Gefängnis für die Schänder des Ebert-Denkmal. Das Erweiterungsgericht in Bochum verhandelte am Dienstag gegen die ehemaligen Mitglieder rechtsradikaler Organisationen, die das Ebert-Denkmal in der Ruhr mit roter Farbe vermalten hatten. Die Angelegenheit erregte seinerzeit großes Aufsehen, weil damals von den rechtsradikalen Organisationen verurteilt worden war, für die Verhöhnung des Ebert-Denkmal Mitglieder linksgerichteter Verbände verantwortlich zu machen. Als Motiv für die Tat gaben die beiden Angeklagten, junge uneheliche Burden, an, einen Revanchestich für die angebliche Beschmutzung des Ebert-Denkmal unternehmen zu haben. Sie erlitten nach Antrag des Staatsanwalts zwei bzw. einen Monat Gefängnis.

Preussische Kriegsjahrt an die Hamburger Grenze. Am Sonntag, Montag und Dienstag unternahm der Großhamburg-Ausschuß des Preussischen Landtages eine Informationsreise durch das Unterelbegebiet. Außer den Mitgliedern des Ausschusses beteiligte sich auch der Preussische Ministerpräsident, der Innenminister, Genosse Grzesinski, Landtagspräsident Genosse Bartels und mehrere höhere Beamte an der Fahrt. In Altona wurde in einer Besprechung Zustimmung zu den preussischen Eingemeindungsplänen erzielt.

Der „Hochverrat“ durch Buchhandel wird weiter bestraft. In dem Literaturprozeß gegen den Buchhändler Herzog aus Jena wurde am Dienstag abend nach dreitägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Herzog wurde wegen Vergehens nach §§ 81 und 86 des Reichsstrafgesetzbuches sowie wegen Vergehens nach § 7 Abs. 2 und § 8 des Republikstrafgesetzes sowie wegen Vergehens gegen das Pressegesetz zu drei Jahren Festung und 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Durch die erlittene Unterdrückungshaft gelten zwei Monate als verbüßt. Eine große Anzahl Schriften, die angeblich hochverräterischen Inhalt haben sollen, sowie Platten und Formen sind nach dem Urteil unbrauchbar zu machen.

Für Belebung der Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus. Die am Schluß eines jeden Schuljahres einlaufenden Beschwerden und verschiedene traurige Vorkommnisse der letzten Zeit, die ihre Ursache in der Nichtvernehmung oder Nichtzulassung von Schülern zur Schluß- oder Reifeprüfung hatten, haben ein Provinzialschulkollegium zu Ausführungen veranlaßt, die der Preussische Kultusminister Dr. Baezel den Leitern und Leiterinnen sämtlicher ihm unterstehenden höheren Lehranstalten für die männliche und weibliche Jugend bekannt gibt. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt aus dem Erlaß folgendes mit: Daß die Schule stets in engster Fühlung mit dem Elternhaus steht und in besonderen Fällen die Eltern zu einer Besprechung einlädt oder sie gelegentlich auch schriftlich auf den Ausfall der schriftlichen Arbeiten oder die mündlichen Leistungen des Schülers hinweist, darf wohl als selbstverständlich angenommen werden. In einigen Schulen ist es üblich, die Eltern nicht verfehlter Schüler am Tage vor Schlußbrieflich von dem Ergebnis der Konferenzberatung in Kenntnis zu setzen und ihnen anheim zu geben, den Schüler am Tage des Schlußschlusses persönlich abzuholen oder auch ihn zu Hause zu behalten, wodurch unbedachte Schritte des Schülers und verhängnisvolle Folgen der Nichtvernehmung vermieden werden können. Die Angelegenheit soll zum Gegenstand der Beratung in der Konferenz sowie mit dem Elternbeiräte gemacht werden. Ueber das Ergebnis der Beratungen und etwaige gefaßte Beschlüsse ist zum 15. Juli 1927 zu berichten.

Ueberall Verkürzung der Dienstzeit. Der finnische Reichstag hat mit 118 gegen 85 Stimmen einen Antrag angenommen, der die Regierung auffordert, einen Militärrückbauentwurf vorzulegen. Durch diesen Entwurf soll die Dienstzeit ab 1930 wesentlich eingeschränkt werden, ohne daß die Verweidigungsfähigkeit des Landes beeinträchtigt wird.



HALPAUS-RARITÄT
Nr. 200
der weisse Rabe unter den 4 Pfg. Cigaretten.

Warum?
Weil gerade Der, der mit dem einzelnen Pfennig rechnen muss, Etwas Besonderes bekommt.

HALPAUS RARITÄT
Nr. 200
ist die meistgerauchte, weil weitaus beste 4 Pfg. Cigarette Deutschlands.

Ester Breslauet
Möbel-Vollspezialgeschäft
Rob. W. Stachs.
Wichtig für Möbelfäufer!
Im Volkspecher kommen bis auf weiteres ein großer Vorrat einfache und bessere Einlagerungs-Möbel billig zum Verkauf. Trotzdem die Preise schon außerst herabgesetzt sind, wird noch mächtige Teilzahlung gewährt. Besichtigung bald beim Lagerhalter 6797
Berliner Straße 9. hpt.

Druckerei Volkswacht
BRESLAU 2
Florastraße 4/6
übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druckarbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbigster Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.
Spezialität:
Massenanlagen
(Rotationsdruck)
Teilzahlung
Fahrräder
von 50 Mk. bis 200 Mk. Sämtl. Ersatzteile, Gummi usw. Reparaturen billig!
Mücke, Tannenstraße 51
über Weidenstraße 7

Aus aller Welt.

Fernfabel Berlin-Paris.

Ende März wird der deutsch-französische Fernfabeldienst im Kabeldienst aufgenommen. Die Verbindung des deutschen und französischen Kabelnetzes findet bei Kehl-Strasbourg statt. Dadurch werden sofort zwei neue Kabelverbindungen Paris-Berlin geschaffen und gleichzeitig die beiden vorhandenen Leitungen Berlin-Paris ganz in das Fernfabel übernommen, so daß zwischen den beiden Hauptstädten vier erstklassige Verbindungen bestehen werden. Sie verlaufen von Berlin über Frankfurt a. M., Karlsruhe bis Appenweier, wo sie sich nach Westen nach Strasbourg abspalten. Die deutsche Strecke ist rund 600 Kilometer, die französische fast genau 500 Kilometer lang. Gleichzeitig kommt eine doppelte Kabelverbindung Frankfurt a. M.-Paris und je eine zwischen Paris-Wien und Paris-Brag zustande.

Umbenennung von 1500 Berliner Straßen.

Ein Stadterordnungsaußschuß in Berlin hat beschlossen, in nächster Zeit 1500 Berliner Straßen umbenennen zu lassen, die infolge wiederholten Aufstretens in den verschiedenen Stadtteilen zu Verwechslungen führen könnten.

Nord und Selbstmord.

Der bulgarische Student Nikola Popoff, der von 1920 bis 1926 in Braunschweig studierte, hatte sich mit der Tochter seiner Wirtin, einer Musiklehrerin, verlobt. Als Popoff jedoch in seine Heimat zurückgekehrt war, löste das Mädchen das Verhältnis. Daraufhin lehrte der Verführer nach Braunschweig zurück, erzwang sich eine Unterredung mit dem Mädchen und löste es dabei durch drei Kopfschüsse. Mit einem vierten Schuß nahm er sich dann selbst das Leben.

Das Vorwände Schachlagerrennen.

hat keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Nur die Spitzengruppe hat sich in den Punktkämpfen verschoben.

Der Stand des Rennens ist nunmehr folgender: Lönani-Lorenz 180 Punkte, Nielsen-Lohse 125 Punkte, Kraft-Miete 125 Punkte, Werts-Dunbar 84 Punkte, Brustie-Golle 80 Punkte; eine Runde zurück: Wulfsen-Hagen-Franken-Rein 148 Punkte, Hürtgen-Kausch 62 Punkte; zwei Runden zurück: Cuynot-Rieger 236 Punkte, Kraudet-Danel 143 Punkte; drei Runden zurück: Dederich-Schorn 140 Punkte, Sergent-Roch 47 Punkte, vier Runden zurück: Wühlfhof-Bragard 101 Punkte.

Die medizinischen Sachverständigen im Jürgens-Prozess.

Im Prozeß gegen Landgerichtsdirektor Jürgens und Frau Lamen am Dienstag die medizinischen Sachverständigen zu Wort. Gefängnisarzt Dr. Hirsch erklärte, an der Zurechnungsfähigkeit von Jürgens bestehe kein Zweifel. Nach Aussage des Angeklagten rühre seine Unbeliebtheit in Hannover daher, daß er als Spionageabwehrprofizier zahlreich: Schlemmerstätten und Tanzlokale geschlossen habe. Frau Jürgens habe stets eine leichte Hand im Geldausgeben gehabt und den Wert des Geldes nie recht zu schätzen gewußt. Mit 16 Jahren sei sie als Stütze in Stellung gekommen. Später lernte sie den Fabrikanten Kugel kennen, der für ihre Weiterbildung sorgte, ihr ein Konfektionsgeschäft kaufte und sie nach zweijähriger Freundschaft heiratete. Zeitweilig habe Frau Jürgens an starker Veronasthaft gelitten und sei dem Alkohol gegenüber sehr wenig zurückhaltend gewesen; außerdem weise sie starke hysterische Entartungen auf. Von Geisteskrankheit könne allerdings keine Rede sein, aber sie sei vermindert zurechnungsfähig, so daß der § 51 bei impulsiven Handlungen in Betracht kommen könne. Der

Sachverständige glaubt nicht, daß die Angeklagte die schwere Bürde vom Sattel heben konnte. Dieser Ansicht pflichtet auch der zweite Sachverständige, Medizinalrat Dr. Strauch, bei. In der Zeit, wo ihr der Meinelb zur Last gelegt wird, habe sie in einem Zustand schwerster seelischer Erschütterung gestanden. Den § 51 will ihr Dr. Strauch allerdings nicht zubilligen. Vorher war der Berichterstattung vernommen worden, der die Versicherung abgeschlossen hatte. Von einer Uebervericherung habe keine Rede sein können. Daraufhin wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Am Mittwoch vormittag wird Oberstaatsanwalt Jordan die Anklagerede halten.

Auffindung verunglückter Franzflieger.

Havas berichtet aus Casablanca und Agadir, daß die Trümmer des Wasserflugzeuges Uruguay aufgefunden worden sind. Es werden folgende Einzelheiten gemeldet: Die Besatzung eines auf dem Rückwege nach Frankreich begriffenen Flugzeuges bemerkte 100 Kilometer nördlich von Kap Jupp, 30 Kilometer landeinwärts, in der Nähe eines kleinen Flusses die Ueberreste des Flugzeuges. Es scheint, daß die uruguayischen Flieger eine Panne hatten, gelandet sind und als sie am Strande unterkommen suchten, auf einer Sandbank des Flusses, auf dem sie gelandet waren, kenterten. Von der Besatzung des uruguayischen Flugzeuges fehlt jede Spur.

Selbstmord eines Weiharmlisten.

Nikolaus Wrangel, der Bruder des Führers der bolschewistischen Weissen Armee, hat sich in Rom erschossen. Nikolaus war während der Kämpfe seines Bruders in Rußland in Budapest, um von dort aus den Nachschub für die Weisse Armee zu regeln. Später war er an dem Abenteuer der Königin Zita beteiligt. Nach dessen Zusammenbruch begab er sich nach Rom.

Familien-Anzeigen

Verband der Deutschen Buchdrucker.

Am 5. März verschied im Alter von 54 Jahren unser wertvolles Mitglied, der Drucker

Oskar Peuker

(in Fa. Korn).

5217

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, den 10. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Magdalenenfriedhofes, Ende Lohestraße.

Am 7. März verschied nach schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, die Brauereiarbeiterin

Marie Alder

im ehrenvollen Alter von 72 Jahren. 5218

Ehre ihrem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsgruppe Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, den 10. März, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel. Trauerhaus: Leuthenstraße 60. Distrikt 13.

Am 7. März verschied nach langem Leiden unsere ehemalige Kollegin und Vertrauenswännen

Frau Marie Alder

geb. Burkhardt

im Alter von 72 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihr stets bewahren

Die organisierten Koll. der C. Kippe-Brauerei A.-G. Breslau. 197

Beerdigung: Donnerstag, den 10. März, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel aus.

Gömming
werden düftig und frisch durch Waschen und Appretur auf Neu in der Spezial-Gardinen-Wäscherei

W. Kelling
Breslau, Altes Rathaus

Filialen in allen Stadtteilen.

Wo keine Geschäftsstelle, Postversand erbeten!

Nur kurze Zeit!

10% Rabatt

auf unsere anerkannt billigen Preise in:

- Baumwollwaren ■ Wäsche ■ Trikotagen
- Bettwäsche ■ Tischwäsche ■ Strümpfe
- Strickwaren ■ Kleiderstoffe
- Berufskleidung ■ Gardinen
- Teppiche ■ Divandeecken

Der Rabatt wird an den Kassen in bar in Abzug gebracht

Deutsches Kaufhaus

Ohlauer Straße 75

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Breslau.

Mittwoch, den 16. März 1927, nachm. in der Zeit von 4-6 Uhr, sind die

Wahlen zum Verbandstag.

Wahllokale:

5216

- Gewerkschaftshaus, Ade. Neubauerstraße,
- Weberstraße, Leuthenstraße 95,
- Sering, Deumrichstraße 5,
- Woll-Ausgang, Ecke Adlerstraße,
- Schwarz, Gräbichener Straße 73,
- Wratelawia, Wätsche Straße.

Wahlbestimmungen liegen in den Wahllokalen aus. Die Verwaltung.

Gegen Schnupfen, Husten, Grippe
schwache, dampfe und inhaliere
im Breslauer
Ballen-Schwimmbad

Verloren

goldener Ring mit drei gleichgroßen, weißen Steinen in schräger Linie auf Autofahrt Thalia-Theater - Savoy-Hotel - Reichspräsidenten-Platz oder in einem der beiden Lokale. Abzugeben gegen gute Belohnung Gartenstraße 21 (Fabrik-Kontor). Vor Ankauf wird gewarnt. 224

Gebirgs-Wacholdersaft

Naturreines, Stoffwechsel und Appetit anregend, zur Bluterreinigung usw. Bei gichtischen und rheumatischen Leiden bewährt. Zur Verstärkung der Kur dient „Präparierter Wacholdersaft“. Nur echt in Apotheken zur Hygiene. 6511
Breslau, Tannenstraße 91, Eck Grünstraße, Tel. R. 1992

Berücksichtigt unsere Interessen!

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer; für die Anzeigen: Max Töls. - Redaktion: Gröndelplatz 2. - Hauptverteilung: Fürststraße 4. - Druck u. Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Stadtheater

Mittwoch 8 Uhr:
„Der Mikado“
Donnerstag 8 Uhr:
12. Wagn.-Kodelluna
Serie E
Ariadne auf Naxos.
Freitag 8 Uhr:
„Don Juan“

Schauspielhaus

Operettenbühne
Tel. Stephan 3630
Täglich 8 Uhr:
Der große Operettenfolg!
In
der
Johannisnacht
Sonabend, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male:
„Adieu
Mitt!“
Kauft von Ralph Benzly.
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
„Die
Sirtasprinzessin“
Sonntag und täglich 8 Uhr:
„Adieu
Mitt!“

Parteilreunde

kaufen Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die
Volkswacht

Lobe-Theater

Tel. Ring 6774
Mittwoch, abds. 8 Uhr:
Gastspiel Käta Dorack
„Riti“
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Käta Dorack
„Zaza“

Thalia-Theater

Tel. Ring 6700
Mittwoch, Donnerstag, abends 8 Uhr:
„Dolpone“

Liebig-Theater

Täglich 8 Uhr:
International Varieté
Eintrittspr. v. 50 Pf. an.
Jeden Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr Familien- und Kinder-Vorstellung.
Das volle Programm zu ermäßigten Preisen.

Silberne Herrenuhren

fabrikneu, pa. Schweizerwerk mit Ganggarantie, passendes Konfirmations-Geschenk für 15.- Mk.
zu verkaufen.
Leibhaus Müller & Co.
Oblauer Straße 50, 1.

Gaststätte „Goldener Anker“

Ende Lohestraße * 3 Minuten von der Endstation der Linie 16
Jeden Mittwoch und Samstag der vornehme Tanzabend.

Geld u. Arbeit

erschließt für Jelen; auch als Nebenverdienst. Cool Hilfe beim Aufbau der Existenz. Dauerhaftes, hohes Einkommen! Kein Verlust an Bekanntheit! Keine Sperrarbeiten! Bequem im Hause! Höchst ansprechende Bege! Viele Anerkennungen! Berlangen Sie Prospekt Nr. 445 von Adress: Sollesplatz 124, Dresden 1.

Die „Frauenwelt“ den Frauen Zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes Preis 30 Pf
Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern

Morgen Donnerstag!

Reste

von
Wäschestickereien

durchweg nur gute und beste, zum Teil ganz hochwertige Qualitäten, in entzückenden, modernen Mustern, 5 bis 10 cm breit, ohne Rücksicht auf den Wert

Serie I im Rest Meter	15 Pf.	Serie II im Rest Meter	25 Pf.
Serie III im Rest Meter	35 Pf.		

1 kleiner Posten ca. 500 Meter
Waschtülle
in ecru, weiß und creme, erstklassige, viele ganz feinmaschige Qualitäten, ca. 50 cm breit, zum Füttern von Kleidern, Blusen, Kinderkleidern usw. durchw. Mtr. 45 Pf.

Druderei Volkswacht Ausführung aller Drucksachen
Breslau 2 Fürststraße 4/6

Oberbett, 2 Kissen

mit rotem Anlett für 24.00 Mk. zu verkaufen
Freiburger Str. 5, h. 1. St.

Sofort Geld

aus Pfänden! 6742
Leihhaus Rother
legt Brandenburger Str. 24

Schultaschen

von 2.75 Mark an verkauft
A. Riemer, Sattlermeister
Sadowastraße 48, 60

Kaufangebote

Aermel, Körper

kaufte zu höchstem Tagespreis
Fr. Frida Schmidt
Krausenstraße 22/23, Laden.

Arbeitsmarkt

Seäulein

zur Damen-Konfektion
nur ins Haus, auch solche, die es lernen wollen, können sich melden
Tschimmel, Telde-
Karl-Str. 51, 3. Cage.

In der „Volkswacht“ haben Stellen-Angebote
infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 9. März.

Der Sonne entgegen.

Täglich viermal gehe ich an einem Reifessüß vorüber. In Schaulust dieses Reifessüßes hängen, je nach der Jahreszeit verschieden, freundliche Einladungen zu einer Fahrt in fremde Gegenden. Im Sommer veranschaulicht ein Plakat die Annehmlichkeiten einer Nordlandreise. Da sieht man dann das Nordkap, die Eisbären, die die Mitternachtssonne angähnen. Jetzt, im März, ist das Mittelmeer dran. Das schöne Mittelmeer, dessen Reize durch die buntesten und unwahrscheinlichsten Farbenmischungen illustriert werden. Grünes Wasser, rote Klippen, blaue Kaktus- und weißgekleidete Araber auf gelben Teppichen. Aber das ist ja schließlich nicht so wichtig. Viel nachdenklicher stimmt mich der Umstand, daß eine ganze Anzahl Leute diese Herrlichkeiten anschauen werden und ich nicht zu ihnen gehöre. Sondern höchstwahrscheinlich, wenn der Ausflug vor sich geht, am Tage in Allen herumzuschweifeln. Am Abend aber, wenn Rheumatismus geplagt, mir ein Kagenfell über den Rücken wickeln und meinen Leib mit flüchtigem Vaseline salben. Auf dem Plakat, das diese Betrachtungen in mir weckt, steht als Motto: Der Sonne entgegen! Ich kann nicht einsehen, warum ich nicht auch einmal der Sonne entgegenfahren soll. Ich stelle mir es zu schön vor, den Madeira an der Quelle zu probieren, oder auf dem Parthenon in alter Kunst zu schwelgen. Vielleicht auch die Bekanntheit juppischer Mädchen zu machen, die die schönsten des Orients sein sollen. Aber aus alle dem wird wahrscheinlich nichts werden. Denn zunächst stehe ich mit aufgeschlapptem Manteltragen vor dem Schaulust des Reifessüßes. Wobei der linke Schuh inwendig unangenehm feucht wird. Auch die Zigarette ist fast geworden und schmeckt abgesehlich. Im Morgenlande würde ich Sandalen tragen, auf welchen ich sitzen und meinen Tschibuk rauchen. Kein Mensch würde mich zwingen, täglich zu einer bestimmten Zeit in meiner Kammer zu sein, um dort beim Abstreifen langweiliger Tapeten langsam zu verblöden. (Womit nichts gegen Amtsstuben gesagt sein soll.) Manchmal kommt nämlich die Sonne auch dort herein. Worauf man den Staub tanzen sieht und der Geruch von Tinte, Papier und Frühstücksbrot intensiver wird. Die Teppiche tragen dann helle Blusen oder Kleider und man hat dann etwas gedankvoller als sonst auf den Zehen. Und irgendwer stellt fest, daß es der Sonne entgegengeht. Dieses unpersonliche „es“ nimmt natürlich der Sache viel von ihrem Reiz.

Wiel interessanter ist es, zu sagen: „Ich gehe der Sonne entgegen.“ Sein Billett zu lösen und abzudrücken. Freilich sind die Einblicke einer solchen Reise auf die verschiedensten Punkte von verschiedenster Art. Es kommt nämlich darauf an, was einem als Ideal, als Endzweck eines solchen Unternehmens vorsteht. Gerade begrüßen sich zwei Herren, Typ Neureich, vor dem Reifessüß. „Also Ägypten“, sagt der eine, „ich war im letzten Jahre dort, Ägypten, einfach klasse. Die Ver- waltung, die Mächte in Kairo — kurz, die ganze Reise, das ist die Beste.“ Und jomaz stand womöglich vor den Pyramiden. Wie geht es, es klappt eine Lücke in der Weltordnung.

Stadtverordnete und Stadträte.

Die Fraktionsführung findet Freitag, 11. März, nachmittags 5 Uhr, statt. Pünktliches Erscheinen ist wegen der abends stattfindenden Funktionärversammlung erforderlich.

Der billige Vorortverkehr.

Das Verkehrsamt der Stadt Breslau schreibt: Neuerdings sind auch die Bahnhöfe Schöbich, Schmolz und Tschirne in den Tarif für die Ausgabe von billigen Fahrcheinen einbezogen worden. Es werden nunmehr die Fahrcheine für 20 Fahrten nach und von Breslau von den Vororten Luras-Hennigsdorf, Bries, Brodau, Canth, Deutsch-Lissa, Dohrenurth, Herrprath, Hundsfeld, Kleitendorf, Malisch, Neukirch, Neumarkt, Obernig, Oels, Ohlau, Ritschdorf, Sacrau, Scheibitz, Schmolz, Siphellort, Strehlen, Ströbel, Trebnitz, Tschirne, Tschirne, Weidenhof, Woißschütz, Zoben mit einer Geltungsdauer von drei Monaten und einer Ermäßigung von 25 Prozent aus gegeben. Wir bitten nochmals dringend, von diesen Fahrcheinen weitestgehenden Gebrauch zu machen, damit der verbilligte Vorortverkehr Breslau und Umgebung weiter erhalten bleibt.

Die Schulferien.

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat die Schulferien für alle Schulen Niederschlesiens, die sich an Orten mit höheren Lehranstalten befinden, für das Schuljahr 1927-28, wie folgt, festgesetzt: Osterferien: Schluß Freitag, den 6. April; Schulanfang Donnerstag, den 21. April. Pfingstferien: Schluß Freitag, den 3. Juni; Schulanfang Dienstag, den 14. Juni. Sommerferien: Schluß Dienstag, den 5. Juli; Schulanfang Dienstag, den 9. August. Herbstferien: Schluß Freitag, den 30. September; Schulanfang Dienstag, den 11. Oktober. Weihnachtferien: Schluß Freitag, den 23. Dezember; Schulanfang Dienstag, den 10. Januar 1928. Osterferien 1928: Schluß Mittwoch, den 4. April; Schulanfang Donnerstag, den 19. April. Diese Ferienordnung gilt an den Orten mit höheren Lehranstalten auch für die Volks- und mittleren Schulen.

Kommunalpolitischer Kursus.

Sonnabend, den 12. März, abends 8 Uhr, im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses, vierter Vortrag des Genossen Stadtrat Tschirne über „Aufbau des Wohlfahrts- und Jugendamtes“. Die Teilnehmer werden ersucht, pünktlich anwesend zu sein.

25 Jahre Schrebergarten.

Der erste Breslauer Schrebergarten wurde im Jahre 1902 von Oberbürgermeister Dr. Bender an den Leichenterrain ins Leben gerufen. Das Gelände wurde damals unter sehr erheblichen Kosten, ca. 32.000 Mark, anbaufähig unter Leitung des damaligen Stadtgartendirektors Richter und unter Beihilfe des heutigen Stadtgartendirektors Dannenberg hergerichtet. Die Pächter bekamen das Gelände gegen einen Pachtbeitrag von 30 Pf. pro Quadratmeter überlassen. 42 Pächter hatten sich hier angemeldet, mit denen der Magistrat bezüglich des Wägeldees damals viel Ärger hatte. Auf Veranlassung Benders nahmen einige Mitglieder, darunter der noch heute rege Rektor Meyer die Gründung eines Vereins vor. Im Jahre 1904 kamen noch weitere 40 Gärten dazu. Zur 25jährigen Bestehensfeier hatten sich die Mitglieder am Montag abend im Friebergers zusammengefunden. Als Vertreter des Magistrats war Stadtgartendirektor Dannenberg erschienen. Er, als Mitbegründer dieses Wertes gab in seiner Glückwünsche eine Uebersicht über die Entstehung dieser Dauerkolonie und übermittelte die Wünsche des Magistrats. Rektor Meyer wies in seiner Festrede auf die oft großen Gefahren hin, die den Bestand der Gärten zu gefährden drohen.

Staub, dich hasse ich!

Das unfähige Staubtuch und der noch unfähigere Staubpinsel. — Auf leihen Sohlen... Durch Fugen und Ritzen. — Das ungelunde Teppichklopfen. — Fortschritte der Technik.

Erst der neueren Forschung ist der Nachweis gelungen, daß im Staub zahlreiche Krankheitserreger enthalten sind, und daß daher die Staubbekämpfung eine der wichtigsten Aufgaben der häuslichen und gewerblichen Gesundheitspflege bildet. Schon lange vor der wissenschaftlichen Feststellung dieser Tatsache wehrte man sich aus einem instinktiven Gefühl heraus gegen ihn. Diese gefühlsmäßige Abwehr wurde besonders verstärkt einerseits durch ein ausgeprägtes ästhetisches Empfinden, besonders bei der weiblichen Bevölkerung und andererseits durch das bei den Kulturvölkern hoch entwickelte natürliche Keimlingsbedürfnis. Freilich müssen die jahrhundertlang gebräuchlichen und auch jetzt leider noch immer beibehaltenen unzureichenden Abwehrmaßnahmen zum Teil sogar als im höchsten Grade ungesund bezeichnet werden.

Das gilt vor allem von dem Verfahren des Staubwischens. Zunächst kann das Staubtuch unmöglich alle Staubteilchen erfassen, vielmehr bringt es der bei der Bewegung des Wischens verursachte, geringe Luftstrom mit sich, daß eine gewisse Zahl der Staubteilchen dem Tuche entfliehet, emporgewirbelt wird und sich an anderer Stelle wieder absetzt. Also ein absolut restloses Erfassen sämtlicher Staubkörperchen mit dem Tuch ist nicht möglich. Außerdem können die kleinsten Fugen und Winkelchen wegen ihrer Unzugänglichkeit niemals weber mit dem Staubtuch noch mit dem Staubpinsel so erfasst werden, daß nach ihrer Bearbeitung von einer vollkommenen Staubfreiheit gesprochen werden kann, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß beim Gebrauch des Pinsels die Möglichkeit der Staubauwidmung bei weitem größer ist, als beim Staubtuch. Zusammenfassend muß deshalb gesagt werden, daß das bisherige Verfahren zur Entfernung des Staubes tatsächlich nur eine unvollkommene Arbeitsleistung ist.

Man mag sich zur Verfügung des polizeilichen Sicherheitsdienstes persönlich stellen, wie man will. Auf jeden Fall ist aus gesundheitlichen Rücksichten nur zu begrüßen, daß das Ausschleudern der Staubtucher durch strahlende Fenster untersagt ist, da der Staub den Vorübergehenden auf Körper und Kleidung fallen würde. Bessererweise wird hinter dieser Verfügung nicht der erforderliche Nachdruck zur Durchführung gefehlt. Aber wo der Staub sich ablagert, ob auf dem Bürgersteig oder auf dem Hof, es läßt sich nicht vermeiden, daß er durch die Sohlen des Schuhwerks oder auf andere Art wieder in die Wohnung hineingetragen wird. Sorgfältig durchgeführte Untersuchungen haben nämlich gezeigt, daß von dem in den Wohnungen vorhandenen Staub nur zehn Prozent infolge der Luftbewegung durch die Fenster eindringen. Die übrigen neunzig Prozent stammen von den Stiefelsohlen. Deshalb ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß man die Treppen, den Flur usw. mit sogenannten „Staubbindenden“ Ölen bestreichen solle. Die Öle bilden auf dem Boden eine dünne, kaum bemerkbare Schicht, die den Staub festhält. Die chemische Zusammenfassung ist so gewählt, daß der richtige Auftrag die Sohle in der Wohnung keine Spur von Ölflecken auf Teppichen oder sonstigem Bodenbelag hinterläßt.

Nicht minder verfehlt die bisherige Art und Weise der Entfernung des Staubes aus Teppichen und Vorlagen gegen alle Erfordernisse der Gesundheit und Reinlichkeit. Durch das Ausklopfen in ähnlicher Form wie bei Postermöbeln läßt es sich nicht vermeiden, daß der Staub in der Wohnung oder auf dem Hofe zunächst in die Höhe fliehet und sich dann der Atemluft beimischt oder an anderer Stelle ablagert. Wird auf dem Hofe geklopft, so fliehet das Heer der Staubteilchen entweder wieder durch das Fenster unmittelbar in die Wohnung oder es wird an den Stiefelsohlen nach und nach wieder hineingetragen. Wie ungesund aber die Tätigkeit des Klopfens für jene ist, die sie ausüben, ist ohne weitere Ausführungen klar. Genauere Untersuchungen in Höfen, wo Teppiche geklopft wurden, haben ergeben, daß noch nach Stunden sechs bis sieben Millionen Einzelstäubchen im Kubikmeter Luft enthalten waren. Daraus ersehen man ohne weiteres, daß auch das Geschlopfen während der Teppichreinigung im Hofe keinen wirklichen Schutz gegen das Wiedereindringen des Staubes in die Wohnung bietet. Daraus ist zu ersehen, was die Leute beim Teppichklopfen usw. ihren Mitmenschen alles bieten, daß diese sich zudem noch alles ruhig gefallen lassen sollen.

Darum sollte überhaupt nicht mehr gewischt oder geklopft werden! Viele Forderung ist im Interesse der Volksgesundheit unbedingt berechtigt: aber wie weit sind wir noch von der Verwirklichung entfernt? Wohl sind wir einen guten Schritt vorwärts gekommen, aber der Fortschritt der Technik ist heute kein solcher, daß er als vollkommen gelöst angesehen werden könnte.

Die wissenschaftliche Fortbildung für Metallarbeiter und verwandte Berufe bietet die Technische Abendsschule. Anmeldungen heute und in den nächsten Tagen von 5 bis 7 Uhr im Zimmer 44 des Gewerkschaftshauses.

Die Bedeutung der Kleingartenbewegung. Dr. Bender als Bahnbrecher wurde von ihm und auch von allen weiteren Rednern gefeiert. Buchdruckereibesitzer Bärhold überbrachte die Grüße des Bezirks- und Provinzialverbandes und überreichte eine Ehrenurkunde. Regierungsrat Tschirne hatte die Festleitung übernommen, die Schrebergartenhumor bis in später Nachtstunden zu seinem Recht kommen ließ. Unter großem Beifall, ver kündete der Vorstand einen Beschluß, die schönsten Eiche des Spielplatzes, die auf Veranlassung Benders gepflanzt wurden, als Bendereiche zu bezeichnen.

Abchied von Gottlieb Bunte.

Zur Trauerfeier für unseren verstorbenen Parteiveteran Gottlieb Bunte hatte sich gestern eine sehr starke Teilnehmerzahl am Krematorium in Gräbchen eingefunden. Besonders viele von den Älteren waren zu sehen, denen der Verstorbene durch Jahrzehnte Kampfgefährte gewesen ist. Mehr als zwanzig Fahnen der Partei und des Reichsbanners umgaben ehrend den Sarg. Nach feierlichem Harmoniumspiel hielt der Sprecher der Monistischer Gemeinde, Dr. Kramer, die Gedekrede, in der er noch einmal das Kämpferleben dieses schlichten Mannes aus dem Volke vorüberziehen ließ. Für das Reichsbanner sprach Kamerad Müller einige Abschiedsworte, die in den Gesang des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden“ ausmündeten. Langsam entwand dann der Sarg durch die stille Tür, der reinen Flamme entgegen.

Beseitigung von Bäumen auf dem Domplatz.

Die Gartenverwaltung ist wie wenige andere Verwaltungen berufen, die Not der vielen Erwerbslosen durch Ausbühnung von Notstandsarbeiten zu lindern. Unter anderem soll auch der Domplatz neu hergerichtet werden und damit ein lichteres und freundlicheres Aushalten erhalten. In Uebereinstimmung mit den maßgebenden Behörden sollen die vorhandenen Grünstreifen auf der Ost- und Südseite des Platzes verbreitert, die vorhandenen Rasenflächen umgearbeitet werden und frischen Boden erhalten. Der dafür notwendige Mutterboden ist bereits angefahren und bildet rings um den Platz ein kleines Randgebirge. Er wird aber nur kurze Zeit zu liegen haben. Etwas damit verbundene Verkehrsbeschränkungen müssen im Hinblick auf den guten Zweck ertragen werden. Auch der Baumbestand bedarf dringend einer Lüftung. Eine Anzahl der vorhandenen Linden- und Kastanienbäume ist im Laufe der Zeit überständig geworden. Sie sind teils gefährdend, teils ist ihre Beseitigung wegen des allzu starken Schattens notwendig. Der Großstadtmensch wird diese Aufhebung des Platzes freudig begrüßen. Die verbleibenden guten Bäume werden sich für diese Maßnahme durch eine um so bessere Entwicklung und Abrundung ihrer bisher beengten Kräfte bedanken.

Kleinfalber-Schützenverein Republik.

Das Schießen der Abteilung Ost fällt am Sonntag, den 13. März, wegen der Gedächtnisfeier anlässlich des Volks-Trauertages aus. Die Abteilung Ost schießt daher am Sonntag, den 20. März, gemeinsam mit der Abteilung Süd. Beginn früh 7 Uhr. Abteilung West schießt programmäßig Sonntag, 27. März. Abteilung Nord: Versammlung Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, im „Oberstrom“, Uferstraße. Angehörige des Reichsbanners und der republikanischen Parteien sind hierzu eingeladen.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. Donnerstag, d. 10. u. Freitag, d. 11. März, 5 u. 8 Uhr. Varieté. Mit dem Kurbelkasten um die Erde. Für Jugend und Kinder verboten. Ufa-Wochenschauspiel

Was bringt uns das kommende Erwerbslosen-Versicherungsgesetz?

In einer von der Erwerbslosenkommission der SPD. einberufenen Arbeitslosen-Versammlung im Gewerkschaftshaus sprach Genosse Stalz ausführlich den Gehaltswert über die Arbeitslosenversicherung, die den Arbeitslosen nunmehr ein Recht auf die Unterstützung bringen soll. In Einzelnen erläuterte der Referent den Begriff der Versicherungspflicht, wonach diejenigen zwangsläufig versichert werden sollen, die nach dem Reichs-Knappschaftsgesetz und auf Grund der Reichsversicherungsgesetzgebung und des Angehörigen-Versicherungsgesetzes versicherungspflichtig sind. Anspruch auf Unterstützung hat, wer unter anderem eine Tätigkeit von 26 Wochen Arbeit innerhalb der letzten 12 Monate vor Eintritt der Arbeitslosigkeit nachweisen kann. Die Unterstützungshöchstsätze werden wöchentlich etwas über 25 Mark betragen. Die im Entwurf vorgesehene Arbeitslosenrente ist in der Frage für Arbeitslose, die aus der Versicherung bestimmungsmäßig ausscheiden.

Kritisch führte Genosse Stalz dann aus, daß der Entwurf, so wie er zurzeit vorliegt, noch großer Verbesserungen im Interesse der Arbeitslosen bedarf. Die Kommission werde ihr möglichstes tun, um der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach dieser Richtung positive Vorschläge zu unterbreiten.

Die Verbesserungsvorschläge beziehen sich auf die Höchstsätze, ferner soll die Karenzzeit von 26 Wochen auf 13 Wochen herabgesetzt werden.

Genosse Hänisch erstattete den Bericht über die Tätigkeit der Erwerbslosenkommission. Nicht weniger als 1520 Auskünfte, Gesuche und Vertretungen seien bis jetzt geleistet worden. Oft müssen auch Krankenfallen- und Unfallfälle, Zahlungsbescheide und andere etwas abseits liegende Angelegenheiten erledigt werden. Die Kommission sucht den Arbeitslosen nach jeder Richtung hin unentgeltlich Hilfe zu leisten. Wenn manche Sache nicht den gewünschten Erfolg hatte, so lag es im einzelnen oft daran, daß die betreffenden Arbeitslosen mit ihrem Anliegen viel zu spät in die Sprechstunde der Kommission kamen. Die mühsame Kleinarbeit der Kommission war aber bisher in den meisten Fällen von Erfolg begleitet.

Genosse Stalz betonte, daß die Kommission genau so radikal sei wie der Erwerbslosenbund. Aber dieser Radikalismus sei kein hoher Wortradikalismus, mit dem man nichts erreichen könne. Tatsächlich hat die Kommission den Anstoß gegeben für die Ausgabe von Kohlen- und Lebensmittelmarken, kostengünstige Quäterspeisung von Kindern der Arbeitslosen und andere Vergünstigungen für die Unterstützungsempfänger.

Es liegt im Interesse der Arbeitslosen bei allen Differenzen und Schwierigkeiten mit der Erwerbslosenfürsorge die Kommission in Anspruch zu nehmen.

Genosse Schlaupe erwähnte die Versammlung, dafür zu sorgen, daß das Interesse für die von der Kommission veranstalteten regelmäßigen Versammlungen noch stärker werde. Nur regtes Interesse an allen Arbeiten der Kommission kann den Arbeitslosen Vorteile bringen, weil mit dem zunehmenden Rückhalt, den sie bei den Arbeitslosen findet, auch ihr Einfluß gegenüber den Behörden immer stärker wird.

Die Aussprache bewegte sich dann weiter um den Inhalt der Verordnung des Arbeitsministers vom 22. Januar dieses Jahres und den Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Hierbei wurden über die einzelnen Bestimmungen noch nähere Ausführungen gegeben.

Der Versammlungsleiter, Genosse Stenzel, appellierte zum Schluß an die Erwerbslosen, sich nicht betreten zu lassen und sich fest und geschlossen hinter die Sozialdemokratie zu stellen.

Neuerwerbungen der Stadtbibliothek.

Leihstelle Köhmarkt 79. Geöffnet werktäglich 9 bis 2 Uhr. Riese, M.: Wissenschaftliches Grundschema für Volkshilfswerke. 26. — Die Stockholmer Weltkriegenkonferenzen. Amtl. dt. Bericht erstattet v. A. Deißmann. 26. — Kewerling, H.: Großes Menschen als Sinnbilder. 26. — Böwi, M.: Ueber die physikalischen Sinnesenergien. 27. — Hunziker, O.: Heinrich Pestalozzi. 26. — Schürbaum, H.: Der junge Pestalozzi. 27. — Haack, R.: Grundriss des in Preußen geltenden Verwaltungsrechts. 27. — Handbuch des Reichssteuerrechts. Herausg. v. G. Struy. 3. Aufl. 27. — Fadelohn u. Kotthoff: Rechtsprechung des Reichsgerichts 1914-1925. 27. — Kautz, G.: Verwaltungszwangverfahren wegen Forderung von Geldbeträgen. 6. Aufl. (Recht). Nachtrag 1. 2. 22-26. — Kühnberg, E. Frh. v.: Rechtsprache-geographie. 26. — Leonhard, W.: Bürgerliches Recht. 2. Aufl. 26. — Weyer, Herbert: Sittliche Verträge. 26. — Dertmann, P.: Bürgerliches Gesetzbuch. Allgem. Teil. 3. Aufl.

Gewerkschaftsbewegung.

zum Streit der polnischen Textilarbeiter.

Aus Lodz wird uns geschrieben:
Der Streit in der polnischen Textilindustrie, der sich von dem Industriezentrum Lodz über ganz Polen ausdehnt, ist von den drei Arbeiterverbänden Polens, dem sozialistischen Klassenverband, dem national-polnischen Arbeiterverband und dem christlich-demokratischen Arbeiterverband, mit bemerkenswerter Einmütigkeit beschlossen und auch schon bereits im ganzen Lande durchgeführt worden, nachdem die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter durch die Industriellen entschieden und rücksichtslos zurückgewiesen worden sind.

Die Arbeiter hatten eine 25prozentige Erhöhung der bestehenden Löhne verlangt und bezweckten dadurch einen an nähernden Ausgleich ihres Verdienstes mit der seit der letzten Lohn- und Arbeitsbedingungen über 30 Prozent gestiegenen Teuerung. Die Industriellen wiesen in ihrer Entgegnung darauf hin, daß eine derartige Erhöhung jede Kalkulation über den Haufen werfe und schlugen statt dessen eine Erhöhung von 0,5 bis 6 Prozent vor, die sich jedoch nur auf diejenigen Arbeiter beziehen sollte, deren Tagesverdienst den Betrag von 5 Zloty (ungefähr 2,30 Mark) nicht überschreite. Auf diese Weise verfuhr die Industriellen, die Einheitsfront der Arbeiter durch Bevorgung einzelner Kategorien zu brechen und den Streit zu verhindern. Die Vertreter der Arbeiter wiesen jedoch diese demagogischen Vorschläge zurück und antworteten mit der Proklamierung des Streiks, wovon sofort alle Städte verständigt wurden, so daß am Dienstag sämtliche Textilarbeiter in ganz Polen in den Streik traten. Auf dem Gebiet der Stadt Lodz wird der Streik durch eine Aktion der Angehörigen der gemeinnützigen Betriebe unterstützt und die in der Textilindustrie beschäftigten Büroangestellten sind ebenfalls in den Ausstand getreten.

Die Regierung hat in keiner Weise versucht, vermitteltend in die Verhandlungen einzugreifen, und hat sich angesichts des Streiks darauf beschränkt, die Polizeibehörden zu alarmieren und ihnen anbefohlen, keinerlei Ausschreitungen seitens der Streikenden zuzulassen.

Im Laufe der letzten Monate haben bereits wiederholt Lohnbewegungen unter der polnischen Arbeiterschaft, besonders in der Textilindustrie, stattgefunden, doch haben sich die Arbeiter bisher stets mit Kompromissen und halben Zugeständnissen abgefunden, weil sie einerseits den Gewalt- und Streikmethoden prinzipiell verwarren, und andererseits den Versicherungen der Regierung, die eine energiegeladene Bekämpfung der Teuerung und weitestgehende Schutzhaltung der sozialen Einrichtungen versprochen, vertrauen entgegenbrachten. In der Tat war die Regierung, die im März 1926 aus Lodz kam, kraft ihrer besonderen Stellung durchaus in der Lage, einen Druck auf die Industriellen auszuüben, und sie sand daher zum Anfang Unterstützung der arbeitenden Klassen, denen sie nicht zuletzt ihre Existenz zu verdanken hatte. Aber es zeigte sich allzu bald, daß die Regierung ihre Machtposition in ganz entgegengekehrter Richtung ausnützte und bestrebt war, die Großindustrie und die Großagrarier durch entsprechende wirtschaftliche und soziale Politik für sich zu gewinnen.

So trägt sich die Regierung schon längst mit der Absicht, dem Drängen der Arbeitgeber auf Abschaffung des Achtstunden-Arbeits-tages und anderer, mühsam erkämpfter sozialer Einrichtungen nachzugeben, und es kostet den Vertretern der Arbeiter im Parlament unlagbare Mühe, diese tagtäglich erneuerten Angriffe abzuwehren. Die Gefahr, die in einer solchen Politik liegt, ist nicht nur wirtschaftlicher Natur, wenn auch die dadurch zunehmende Ausbreitung der breiten Massen eine völlige Einstellung der Konsumkraft des Landes zur Folge haben wird; die Gefahr liegt vor allem auch auf politischem Gebiet, und die ausgehungerten, ständig unterdrückten und ihrer primitivsten Rechte beraubten Arbeiter werden nur allzu willig ihr Ohr Einflüsterungen radikaler Agitatoren hinneigen, die sich in der letzten Zeit in ganz Polen wieder in steigendem Maße bemerkbar machen.

Der Streit, der in der Textilindustrie ausgebrochen ist, ist ein deutlicher Beweis für das eben Gesagte, ist ein Zeichen für die Bereitschaft der Arbeiter, ihren Forderungen, wenn nötig, auch mit scharfen Methoden, Geltung zu verschaffen, und es ist anzunehmen, daß die polnische Regierung diesen Streit zum Anlaß nehmen wird, ihren bisherigen Standpunkt in diesen Fragen einer Prüfung zu unterziehen. L. P.

Warschau, 8. März. (Drahtbericht.) Die in Lodz führenden Gewerkschaften polnischer Textilarbeiter haben gestern Abend an die Arbeiterchaft der anderen Gewerkschaften in Bialystok und Siatylst die Aufforderung ergoßen lassen, sich mit den Lodzger Textilarbeitern solidarisch zu erklären und ebenfalls mit dem heutigen Tage in den Ausstand zu treten. Die Presse berechnet, daß seit heute 180 000 Textilarbeiter die Arbeit niedergelegt haben.

Die Lohnbewegung bei der Reichsbahn.

Die Eisenbahnerorganisationen haben ihre Forderungen zur Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit der Reichsbahnverwaltung übermitteln. Die Lage der Reichsbahn hat sich seit Juli 1926 glänzend entwickelt. Sie hat auch weiterhin günstige Aussichten, da die jetzt einsetzende Konjunktur Englands auf dem Kohlenmarkt infolge des Abschlusses langfristiger Verträge auf deutscher Seite dem Kohlentransport in der nächsten Zeit nicht allzuviel Abbruch zufügen kann. Die Eisenbahner erwarten, daß die günstige Konjunktur bei den kommenden Verhandlungen zu ihren Gunsten ins Gewicht fällt.

Die Gesamtwagengestellung im Jahre 1926 war nur um 2,4 Prozent geringer als in dem Referenzjahr 1913. Im September und November des vergangenen Jahres war die Wagengestellung sogar um 7 Prozent höher als 1913 und überstieg dieselbe von 1925 um 11 Prozent. Diesem günstigen Arbeitsanfall entsprechend war auch die Finanzlage der Reichsbahngesellschaft außerst zufriedenstellend. Der Ausfall an Betriebs-einnahme aus der ersten Hälfte des Jahres 1926 ist mehr als ausgeglichen worden. Von den Gesamteinnahmen von 4.550 Millionen waren einschließlich der geschätzten Dezemberausgaben von 446 Millionen und 3.852 Milliarden in Abzug zu bringen. Demnach verbliebe der Reichsbahngesellschaft ein Betriebsüberschuss von 698 Millionen Mark, mit dem sie in das Jahr 1927 eingegangen ist.

Gegenüber dem Vorjahr, das allerdings über 15 Monate lief, blieb die Einnahme um rund 110 Millionen Mark zurück. Die Monate Januar und Februar zeigen ein wesentlich freundlicheres Bild als dieselben Monate des Jahres 1926. Es waren an Einnahmen im Januar 1927: 292,8 Millionen, im Februar 269,9 Millionen zu verzeichnen. Die beiden entsprechenden Monate 1927 erbrachten jedoch 366,3 Millionen und 360,4 Millionen Mark. Auch die Entwicklung der Wagengestellung in diesen beiden ersten Monaten des Jahres 1927 weist auf einen guten Beschäftigungsgrad der Reichsbahngesellschaft hin. Die Wagengestellung ist ununterbrochen gestiegen. Die Gesamtsteigerung der Wagengestellung vom Januar 1926 bis Januar 1927 beträgt rund 27 Prozent. Dieser Steigerungsgrad hat auch in den ersten Monaten des Jahres 1927 angehalten. Die steigende Tendenz der Wagengestellung drückt sich auch in den Einnahmeziffern aus.

Neben den persönlichen und sachlichen Ausgaben, die bis Ende November 3,412 Milliarden ausmachten, sind noch die Reparationskosten, die gesetzliche Rücklage und die Dividenden auf Vorjahresaktien von rund 695 Millionen Mark zurückgestellt bzw. gezahlt worden. Die in den ersten Monaten des Jahres 1928 aus dem Betriebsfonds von 1925 entnommenen 61,059 Millionen

sind demselben wieder zugeführt. Der damalige Betriebsfonds von 153 Millionen ist also wieder voll aufgefüllt. Darüber hinaus sind bis einschließlich November 12,000 Millionen als Reinüberschuss zu buchen und 23,728 Millionen als allgemeine Rücklage zurückgestellt worden. Die Liquidität der Gesellschaft betrug demnach am 1. Januar 1927: 208 797 Millionen Mark.

Im Gegensatz zur glänzenden Lage der Reichsbahn steht die Notlage des weltans größten Teils des bei der Reichsbahn beschäftigten Personals. Die persönlichen Ausgaben, ausschließlich Reparationskosten, Rücklagen aller Art und Dividenden betragen durchschnittlich im Jahre 1926: 63,7 Prozent der Ausgaben. Sie waren Ende November bereits auf 62,5 Prozent gesunken. Dementsprechend betragen die sachlichen Ausgaben 34,3 Prozent im Durchschnitt und waren Ende November auf 37,5 Prozent gestiegen. Dieses Verhältnis ist als absolut gesund zu bezeichnen und steht auf der gleichen Linie wie vor dem Kriege. Dabei ist zu beachten, daß je mehr an Aufträgen an die Privatindustrie geht, desto mehr die sachlichen Aufwände steigen müssen und somit der Aufwandsgrad des Personals noch weiter sinkt. Aber auch ohne die Vergebung von Aufträgen an die Industrie werden auf Grund der verminderten Beschäftigungszahlen die persönlichen Ausgaben verringert. Wurden im Dezember 1926 noch 700 300 Personen beschäftigt, so sank die Zahl im Januar 1927 auf 636 381 Köpfe. Das muß sich auf der Ausgabenseite bemerkbar machen.

Trotz vermindelter Kopfzahl reibungslos abwicklung des aus der erhöhten Wagengestellung sich ergebenden starken Verkehrs, also ungeheure Dienstleistungen des Personals. Unter diesen Umständen ist die Forderung auf ausreichende Lohn- und Gehaltserhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden mehr als berechtigt. Die Erfüllung dieser Forderungen ist unumgänglich, wenn nicht der lebende Bestandteil des Betriebes eines schönen Tages zusammenbrechen soll.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund fordert Gehaltsaufbesserung für untere und mittlere Beamte.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat gemeinsam mit den Organisationen der Reichsstatistik beizugehörigen Behörden-Angestellten (AFA-Bund, Gesamtverband der deutschen Angestellten-Gewerkschaften, Gewerkschaftsbund der Angestellten) die Forderungen der Beamtenchaft dem Reichstag in einer ausführlichen Eingabe unterbreitet. Die Besätze der Beamten sind, wie in der Eingabe betont wird, abgesehen von der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, die die eingetretene Mietssteigerung aber nicht ausglich, seit Dezember 1924 auf der gleichen Höhe geblieben. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten beträgt nach dem Reichsindex vom Dezember 1924 bis Februar 1927 7,38 Prozent. In dieser Zahl kommen jedoch die wirklichen Verhältnisse nicht ausreichend zum Ausdruck. So sind im Laufe des Jahres 1928 in Berlin die Kleinfachpreise bei Brot um 16,6 Prozent, Erbsen um 63 Prozent, Kartoffeln um 21,4 Prozent, Rindfleisch um 4,8 Prozent, Hammelfleisch um 10,8 Prozent, Zucker um 16,1 Prozent, Milch um 11,5 Prozent gestiegen. In derselben Zeit stieg die Wohnungsmiete im Reich durchschnittlich um 15,2 Prozent. Das Gehalt eines ledigen Beamten der Befoldungsgruppe III (Anfangsgehalt) betrug im Januar 1927 im Vergleich mit der Vorkriegszeit nur noch eine Kaufkraft von 65,8 Prozent, Befoldungsgruppe III (Endgehalt) 69,5 Prozent, Befoldungsgruppe V (Anfangsgehalt) 68,5 Prozent, (Endgehalt) 65,8 Prozent, Befoldungsgruppe VII (Anfangsgehalt) 80,4 Prozent, (Endgehalt) 61 Prozent.

Angesichts der geschätzten Verhältnisse wird der Reichstag ersucht, bei der Beschlußfassung über § 11, Absatz 2 des Gehaltentwurfs über die Feststellung des Reichshaushaltsplanes

für das Rechnungsjahr 1927 eine Erhöhung des Zulagebetrags zum Grundgehalt für die unteren und mittleren Gruppen (I bis IX) in der Weise vorzunehmen, daß für die genannten Beamtengruppen eine fühlbare Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Notlage und eine Annäherung an die Vorkriegeskaufkraft der Gehälter eintritt. Zur Angleichung des Wohnungsgeldzuschusses an die Mietzinsbildung wird eine Erhöhung des zur Auszahlung gelangenden Betrags des Wohnungsgeldes um über 25 Prozent über die Tarifhöhe gefordert.

Ueberrall Protest gegen das Notgesetz.

Der Deutsche Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband hat in seiner dieser Tage stattgefundenen Monatsversammlung nach einem Referat des Vorsitzenden Biermeier über die Regierungsentwürfe zum Arbeitszeitgesetz und Notgesetz einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich scharf gegen die bestehenden Verschärfungen der geltenden Bestimmungen wendet. Durch die Ausschaltung der Kleinbetriebe bis zu drei nicht mit den Unternehmern verwandten Arbeitern würde für etwa zwei Drittel aller Bäckereien und Konditoreien im Reich keine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit erfolgen und den Unternehmern die Freiheit zur Einführung unbegrenzter Arbeitszeit eingeräumt werden. Es würde ein Zustand geschaffen wie vor dem Jahre 1896, als erstmals eine Verordnung die tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden beschränkt wurde.

Am 3. April findet in Leipzig eine Reichskonferenz der Bäcker- und Konditorengehilfen statt, die ebenfalls zu dieser unerhörten Herausforderung der Regierung Stellung nimmt.

Der Schiedspruch für die bergische Metallindustrie angenommen.

Der in der vergangenen Woche vom staatlichen Schlichtungsausschuss für das bergische Land für die Metallindustrie gefällte Schiedspruch hat die Zustimmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände gefunden. Der Schiedspruch steht mit Wirkung ab 1. März eine Erhöhung der Tariflöhne um 5 bis 8 Prozent vor.

Schiedspruch in der Solinger Metallindustrie.

Der staatliche Schlichtungsausschuss unter dem Vorsitz des Beigeordneten Bragard-Barmen hat am Samstag in der Solinger Metallindustrie einen Schiedspruch gefällt, der wesentlich über den ersten, nicht anerkannten Schiedspruch hinausgeht. Unter Berücksichtigung der Altersgruppen werden die Löhne der Facharbeiter um 8,2 bis 12 Prozent, teilweise bis 20 Prozent, erhöht. Die Löhne der Arbeiter sollen um 5 Prozent erhöht werden, ebenso die übertariflich gezahlten Löhne.

Textilarbeiter!

Am Donnerstag, den 10. März, abends 7 1/2 Uhr, spricht in unserer Mitgliederversammlung (siehe Vereinskalender) Genosse Eggers über „Sozialistische Bildungsarbeit“. Außerdem findet die Kandidatenaufstellung zum diesjährigen Verbandstag statt. Als letzter Punkt wird ein Bericht erstattet über den Stand der Lohnbewegungen aller Berufsgruppen der Textilindustrie.

Außer den Beschäftigten in den Hanfspinnereien und Seilerereien werden ganz besonders die Mitglieder in den Kleiderfärbereien, Koffhaarspinnereien und Siederereien auf die Vereinsammlung aufmerksam gemacht und ist ihr Erscheinen ganz besonders erforderlich.

Holzarbeiter!

Ueber die festgesetzten Lokale für die Wahlen zum Verbandstag befindet sich im heutigen Anzeigenteile eine Bekanntmachung, die die Kollegen beachten wollen.

Die Leipziger Messe.

Leipzig, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Der geschäftliche Erfolg der Leipziger Frühjahrsmesse steht außer allem Zweifel. Verschiedene Branchen dürften diesmal sogar ein außerordentlich gutes Geschäft gemacht haben. Am Dienstag sind insbesondere die Einkaufsvereinigungen mit großen Aufträgen hervorgetreten. Gerade sie dürften für die nächsten Monate den Besserungsercheinungen auf dem Arbeitsmarkte eine gewisse Stabilität geben.

Von großer Bedeutung ist weiter das Eingreifen des Auslandes, insbesondere der Amerikaner. Das Messeamt hat am Montag die Zahl der anwesenden Ausländer bis 25 000 angegeben. Diese Zahl dürfte sehr wahrscheinlich bis zum Ende der Messe auf gut 30 000 steigen. Neben Amerikanern sind im Gegensatz zu früher besonders die westeuropäischen Länder Holland, England, Frankreich und Italien vertreten. Wenn auch der verstärkte Zutrom der ausländischen Messeinteressenten auf die technische Messe in Leipzig und auf besondere Veranstaltungen, wie die Baumeffe und die Siedlungswoche, zurückzuführen ist, so befinden sich unter ihnen doch die Einkäufer der großen Importhäuser im Auslande. So haben amerikanische Firmen bereits für die Schokoladenindustrie die Weihnachtsbestellungen in Auftrag gegeben. Die Engländer haben große Käufe in Kunstporzellan vorgenommen. Gute Geschäfte hat auch die Konfektion mit holländischen Importeuren gemacht. Ebenso kann die Leder- und Lederartikelindustrie gute Aufträge des Auslandes buchen. Im großen und ganzen ist überhaupt festzustellen, daß die deutsche Fertigwarenindustrie infolge ihrer wirtschaftstechnischen Umstellung in den letzten anderthalb Jahren Positionen auf dem Auslandsmarkte gewonnen und wiedererungen hat, die noch vor einem Jahre so gut wie verloren schienen. Dieser Erfolg konnte erzielt werden, trotzdem in diesen Ländern, besonders in England mit seinem riesigen und wichtigen Kolonialgebiet, die Zollwiderstände stärker geworden sind. Es sei hier nur ein Beispiel für viele angeführt: Unter der Solinger Stahlwarenindustrie gibt es Betriebe, die völlig auf den Export nach den britischen Ländern eingestellt sind. Sie sehen von ihrer Produktion vielleicht ein oder zwei Prozent in Deutschland ab. Gerade diese Industrie wurde durch höhere englischen Zoll (33 1/2 Prozent) hart getroffen. Es wird aber durch die Aussteuer und auch durch die englischen Kunden bestätigt, daß die Solinger Exportindustrie in der Lage gewesen ist, die Gestehungskosten derart zu drücken, daß die verstärkte Zollbelastung ausgeglichen wird. Ähnlich scheint es auch in anderen Industrien zu stehen.

Die Befürchtungen, daß der Uebergang in der deutschen Industrie zur Massenfabrikation ungünstig auf die Qualität der deutschen Waren zurückwirken muß, haben sich nicht erfüllt. Vielmehr zeigt sich, daß die serienmäßige Herstellung eine außerordentlich gute Qualitätsergebnisse liefert. Insbesondere ergibt sich das auch aus der Technik, da man nicht nur die Maschine konstruieren will, die möglichst viel und schnell produziert. Die Tendenz geht dahin, zu einer Konstruktion zu kommen, die die Qualitätsgarantie garantiert. Hier kommen in Frage die Einhaltung von dauernden Kontrollen in der Reihenarbeit und die Vervollkommnung unserer Meßinstrumente.

Auf der technischen Messe interessierte sich das Ausland besonders für Automaten, Halb-Automaten, Schleifmaschinen, Pressen und Stangen. Die technische Umstellung in Frankreich, England, Italien usw. dürfte für die deutsche Maschinenindustrie in der nächsten Zeit ein sehr gutes Geschäft bedeuten, so wie jetzt in den technischen Tagen der Leipziger Messe; was immerhin als eine Besonderheit gelten kann, große Abschüsse deutscher Werkzeugmaschinenfabriken nach dem Auslande verzeichnen zu können.

Das Inlandsgeschäft bekam, gerade wie das Auslands-geschäft, kein besonderes Gepräge durch das Geschäft auf der technischen Messe. Die deutsche Nachfrage richtete sich insbesondere

nach Spritzgußmaschinen, Fertigwarenmaschinen usw. Auf der Mustermesse haben vor allem die Leder- und Lederwarenindustrie, das Silbargewerbe, die Porzellanindustrie, das Gold- und Juwelengewerbe gut abgeköhnt. Ein außergewöhnliches Geschäft zeigte die Textilmesse. Es ist kaum eine Sparte da, wo die Verkäufer nicht berüchtigt sind. In einzelnen Branchen hat man den Eindruck, daß die Fabriken und die Betriebe für die nächsten Monate voll beschäftigt sind und die Verkäufer kaum noch Wert auf neue Aufträge legen. Andere Betriebe, wie z. B. die Chemiker Strumpfwarenfabrikation, haben sich jetzt schon bereits auf die Fabrikation des Winterbedarfes eingestellt. Hinsichtlich des Geschäfts nach dem Auslande kann für die Textilindustrie festgestellt werden, daß, soweit Qualitätsware in Frage kommt, sie durchaus wettbewerbsfähig ist.

So hat der Verlauf der Leipziger Frühjahrsmesse, selbst die Optimisten übertrahet. Wollen wir aber in der Auswertung des Ergebnisses der Frühjahrsmesse für den Wirtschaftsverlauf eine Enttäuschung erleben, so empfiehlt es sich, auch die Ursachen genau festzustellen, die zu der guten Messe in Leipzig geführt haben. Es dürfte ohne Zweifel der Fall sein, daß sich die in der Wirtschaft in den letzten Monaten allgemein vorkommenden Verbesserungserscheinungen in der guten Messe auswirken und konzentrieren. Außerdem dürfte mitwirken, daß die Detailisten infolge des teuren Leihgeldes darauf bedacht waren, möglichst keine Bestände auf Lager zu halten. Durch die ganze Wendung in der Wirtschaft hat sich die Geldlage der Geschäftswelt im Laufe der letzten Monate gebessert. Sie ist so in die Lage versetzt, große Aufkäufe vorzunehmen, um ihre Lager zu füllen. Das dürfte aber alles nicht ausschlaggebend sein. Vielmehr sind die eigentlichen Ursachen unseres Erachtens auf dem Gebiete der Preisbildung zu suchen. Ein Beispiel liefert die Textilindustrie. Nach den gedrücktten Baumwollpreisen in den letzten Monaten hat der Baumwollpreis unter dem Eindruck der amerikanischen Pläne einer künstlichen Baumwoll-Preissteigerung wieder angezogen. Das drückt sich natürlich im Fertigwarenpreis aus und hat zur Folge, daß die Einzelhändler sich noch möglichst schnell mit billiger Ware eindecken wollen. Die Bewegung hat sich dann auf die ganze Baumwollindustrie übertragen, worauf in erster Linie das letzte gute Geschäft in der Textilbranche zurückzuführen ist. Ähnlich liegen die Dinge in der ganzen Wirtschaft. Man erwartet infolge der Lohnbewegungen eine starke Steigerung der Preise, weil man annimmt, daß die deutschen Fabrikanten die Mehrleistungen für den Lohn durch höhere Preise ausgleichen wollen. Infolgedessen stellt sich das Bestreben ein, sich noch möglichst billig einzudecken.

So ist die gute Leipziger Messe absolut nicht in Wirtschaftshelung auszuliegen. Es ist vielmehr eine Arbeitskonjunktur einer Zeit, wie wir sie in den Jahren nach der Stabilisierung ihrer erlebt haben, die sich hier geltend macht. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, daß derartige Preissteigerungen, vor denen wir sehr wahrscheinlich stehen, immer wieder zu Lasten der Gehalts- und Lohnempfänger gegangen sind. Die Löhne steigen eben nicht im selben Tempo wie die Preise. Das bedeutet aber eine Verdrängung der Kaufkraft. Das wiederum ist ein Faktor, der bei der Beurteilung der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland unbedingt im Auge behalten werden muß.

Herabsetzung des tschechoslowakischen Bankzinsfußes. Das Komitee der tschechoslowakischen Nationalbank beschloß, den Bankzinsfuß um 1/2 Prozent herabzusetzen, und zwar beginnend am 8. März dieses Jahres. Es gelten also folgende Sätze: Für Wechselkomple 5 Prozent, für Lombard von Staatspapieren 6 Prozent und für den Lombard der übrigen Wertpapiere 8 1/2 Prozent.

Arbeiter-Sport

Frühjahrs-Fußballserie der 1. Gruppe des 1. Bezirks.
Sämtliche Abteilungen der Freien Turnerschaft Breslau und alle dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angehörenden Vereine der 1. Gruppe werden hierdurch aufgefordert, sich an den Fußball-Serienpielen zu beteiligen.
Mannschafts-Einteilung: 1. Jugend: 14 bis 18 Jahre; 2. Männer: 18 bis 30 Jahre; 3. Altersspieler (sogenannte Alte Herren) über 30 Jahre; 4. Sportlerinnen. Für Sportlerinnen Faust- und Trimmelball.
Meldgebühren: Jugend 20 Pf., Männer, Altersspieler und Sportlerinnen über 18 Jahre 40 Pf. Jugendliche Sportlerinnen, welche in Erwachsenen-Mannschaften spielen, volle Meldgebühr. Bei Sportlerinnen ist für Faust- und Trimmelball nur einmal Meldgebühr zu zahlen.
Schiedsrichter: Für jede gemeindete Mannschaft ist ein Schiedsrichter namentlich zu melden, auch bei Sportlerinnen. Die Schiedsrichter haben, soweit sie im Faust- und Trimmelball noch nicht geprüft sind, die Schiedsrichterprüfung zu machen. Selbige wird vom Schiedsrichterverband, Obmann B. Sängler, einberufen. Mannschaftsmeldungen ohne Schiedsrichtermeldung zwecklos.
Spielplan: Beginn der Serie am 24. April. Jugend, Männer und Altersspieler stets vormittags im Eichenpark. Sportlerinnen nachmittags auf noch zu bestimmendem Platz. Weitere Spieltage: 5., 15., 25. und 30. Mai. In den Vormittagen der Fußball-Serienpieltage besteht laut Hauptpielausschussbeschluss Spielverbot für Handball.

Aus Schlesien.

Die Eröffnungsitzung des Provinziallandtages.

Am Dienstag eröffnete Oberpräsident Zimmer den 4. Niederschlesischen Provinziallandtag als Kommissar der Staatsregierung. In einer kurzen Begrüßungsansprache wies er auf die Bedeutung der Beratung hin. Rückblickend auf die Schicksale der Provinz in jüngster Zeit hob er besonders die ungeheure wirtschaftliche Not hervor, die noch durch die im letzten Jahre aufgetretenen Ueberschwemmungen verschärft wurde. Der Oberpräsident erkannte dankbar an, daß die preussische Staatsregierung die Forderungen der Provinz Niederschlesien nach Hilfsmaßnahmen voll erfüllt habe. (Aurube auf der Rechten.) Ebenso hätte die Provinzialregierung und die provinzielle Selbstverwaltung alles getan, was in ihren Kräften stand, um den geschädigten Landwirten zu helfen. (Bravo! Rechts.) Zum Schluß wies er noch auf die besondere Wichtigkeit und Schwierigkeit der bevorstehenden Haushaltsberatungen hin, die sich aus der durch die Not gesteigerten Ausgaben ergebe.

Herrn H. J. L. (Ztr.) als Alterspräsident dankte für das höchste Interesse, das der Oberpräsident dem Wohlergehen der Provinz entgegenbringe.
Nachdem noch Abg. Weide (Wirtschp.) gegen die angeblich ungerade Verteilung des Vorzuges in den Ausschüssen protestiert und Zettelwahl des Präsidenten beantragt hatte, wurde Abgeordneter Sandmann-Breslau (Soz.) erneut mit 66 von 107 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten des Provinziallandtags gewählt. 33 abgegebene Stimmzettel waren weiß, drei entfielen auf den Abg. v. R. (Wirtschp.)-Merschütz (Nat.). Abg. Sandmann übernahm sogleich das Präsidium und dankte dem Alterspräsidenten für seine Tätigkeit. Durch Zurück wurde Oberbürgermeister Dr. Wagner-Breslau (Dem.) als Vizepräsident wiederberufen.

Nach Abschluß des Büros, die nach den Vorschlägen des Präsidenten vorgelesen wurden, wurde Abg. Dreier (Soz.) von ihm begrüßt, der an die Stelle des ausgeschiedenen Abg. Carl-Neufeld getreten ist.
Weiterhin fand noch die Wahl des Ältesten-Ausschusses und die Nominierung der Fraktionsvorsitzenden für die 6 Fraktionen (SPD, Nat., Ztr., D. V., Dem., Mittelstsp.) statt. Nach der Mitteilung, daß die Plenarberatungen erst am Donnerstag vormittag fortgesetzt werden sollen, wurde die Sitzung geschlossen.

Der Typhus greift in Glogau weiter um sich.

Die Typhusepidemie hat bereits einen solchen Umfang angenommen, daß auch der Stadtverordnetenvorsteher sich veranlaßt gesehen hat, die Stadtverordnetenversammlung für nächsten Donnerstag zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, in der über die Bereitstellung von Mitteln für die Bekämpfung der Seuche beraten werden wird. Am Montagabend fand im Rathaus eine Sitzung der in Frage kommenden Körperchaften und Organisationen statt, an der außer dem Oberbürgermeister, dem Landrat, dem Kreisrat und dem Kreisarzt Vertreter des Preussischen Wohlfahrtsministeriums, des Staatlichen Medizinalamts Breslau und der Provinzialregierung teilnahmen. Beschlissen wurde, von einer zwangsweisen Impfung vorläufig Abstand zu nehmen. Der Bürgerchaft, insbesondere den Geschäftseigenen und ihrem Personal wird dringend empfohlen, sich impfen zu lassen. Bisher ist es leider noch nicht gelungen den Herd zu entdecken.

Bis Dienstag mittag hat sich die Zahl der bisher amtlich gemeldeten und ins Städtische Krankenhaus eingelieferten Typhuskranken auf 83 erhöht. Man rechnet mit einem weiteren Steigen der Krankenzahl und hat für diesen Fall bereits die nötigen Vorkehrungen getroffen. Sollte das Städtische Krankenhaus für die Aufnahme der Typhuskranken nicht mehr ausreichen, so sollen diese nach dem ehemaligen Garnisonlazarett, in dem zurzeit die Städtische Hilfsklinik untergebracht ist, eingeliefert werden.

Geplante Errichtung eines Arbeitsgerichts in Waldenburg.

Mit dem Inkrafttreten des Arbeitsgerichts-Gesetzes, mit dem am 1. Juli 1927 zu rechnen ist, soll auch Waldenburg ein Arbeitsgericht erhalten, und zwar für die Amtsgerichtsbezirke Waldenburg, Gottesberg, Friedland, Wüstegiersdorf, Keurobe, Freiburg und die Orte Kothenbach (Kr. Landeshut), Seatzau und Königszelt (Kr. Schweidnitz). Dabei sollen unter anderem Fachkammern für Handwerks-, Handels-, Bergbau-, Angestellten- und Arbeiterfragen gebildet werden. Ein Landes-Arbeitsgericht als Berufungsinstanz soll nach Schweidnitz kommen. Es soll beantragt werden, nach Waldenburg eine Spruchkammer dieses Landes-Arbeitsgerichts zu legen.

Gründung einer „Niederschlesischen Stadtenschaft“.

Nach einem früheren Beschlusse des Provinziallandtages und des Provinzialausschusses ist eine „Niederschlesische Stadtenschaft“ gegründet worden, deren Aufgabe ähnlich wie bei der Landtschaft die Selektion von bebauten und unbebauten Grundstücken durch Pfandbriefe ist. Die „Stadtenschaft“ wird ihre Tätigkeit mit dem 1. April 1927 aufnehmen.

Meldeschluß: Spieler und Schiedsrichter müssen namentlich bis 1. April unter Beifügung der Meldgebühren bei Bundesgenossen E. Gruppe, Neufeldstraße 6, gemeldet werden. Nachmeldungen werden nicht angenommen.

Wahpung: Sämtliche Spieler und Spielerinnen müssen mit neuem Pässe — in Mitgliedsbuch oder Karte enthalten — versehen sein. Pässe sind bis 8. April bei Bundesgenossen Gniech, Berliner Straße 88, zwecks Abstempeln und Eintragung in die Spielersliste einzureichen.

Zu den Serienpielen hat jede Mannschaft einen Ball sowie einen Aufschreiber mit Fußball-Wertungslisten (bei Gewalt erhältlich) zu stellen, andernfalls gilt das Spiel verloren.

Meldeschluß: 1. April, beachten! Spielleiter, Schiedsrichter auch diesen Artikel aus!

Arbeiter-Seniorenvereine „Arbeits“ und „Freie Lichtkinder“. Erwerblose Mitglieder beider Vereine müssen bis Sonntag, den 13. März, ihre Voreisen mündlich oder schriftlich abgeben bei Genossen F. En. Mendorfstraße 93. (Saalbau).

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschland, 1. Bezirk, Bogen. Sonnabend, den 12. März, abends 8 Uhr, im Vereinszimmer bei E. Melita, Breslau, Burgstraße 4, Technikersitzung. Alle Vereinsvorsitzende müssen erscheinen. Im Behinderungsfalle Stellvertreter. Sehr wichtige Tagesordnung.

Belaisch-deutsche Ringkämpfe. Am vergangenen Sonntag trafen sich in Püttlich eine Auswahlmannschaft von Köln und eine solche von Püttlich im arisch-romischen Ringkampf. Die Deutschen ließen mit 10:11 Punkten über die belaische Mannschaft. Der belaische Augmentier, Genosse Bauderwede, hielt eine Ansprache an die Jugend, wobei er sie besonders als Träger des Weltfriedens und der Völkerverständigung feierte.

Waldenburg. Noch ein tödlicher Unfall auf der Gustav-Grube. Am Montag vormittag verunglückte in der 8. Abteilung der Gustav-Grube in Rothenbach der Schleppler Friedrich Opitz aus Neugendorf tödlich. Opitz wurde durch das plötzliche Durchbrechen des Hangens verschüttet und konnte nach schwieriger Rettungsarbeit nur noch als Leiche geborgen werden.

Hirschberg. Verhaftung von Zehnpfennern. In Schreiberhau wurden auf Veranlassung der Polizei in Hirschberg ein Major a. D. Eduard von Müller aus Berlin, seine Frau und ein erwachsener Sohn verhaftet. Die Festgenommenen, die ins Hirschberger Gerichtsgefängnis eingeliefert wurden, hatten in Hirschberg Zehnpfennerei verübt. Sie wurden von mehreren Staatsanwaltschaften, darunter von Berlin und Elberfeld, wegen Betruges und Zehnpfennerei strafrechtlich gesucht. Sie hielten sich in Hirschberg unter falschem Namen auf.

Görlitz. Hauptgewinn der Schlesischen Bauernhauslotterie. Der Hauptgewinn der Schlesischen Bauernhauslotterie im Betrage von 10 000 Reichsmark fiel auf die Nummer 163 988. Der zweite Hauptgewinn im Betrage von 5000 Reichsmark fiel auf die Nummer 154 481.

Münsterberg. Ein Kind verbrannt. Die beiden Kinder der Landarbeiterin Rehle in Frömsdorf, die sich in Abwesenheit der Mutter an dem brennenden Ofen zu schaffen machten, verunglückten dabei. Das zweijährige Mädchen ist verbrannt, während der dreijährige Knabe durch das ausströmende Kohlenoxydgas betäubt wurde. Er konnte wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Oppeln. Einbruch. Die Wohnung des Häuslers Jait wurde von Einbrechern heimlich durchbrochen. Die maskierten waren, verlangten von Jait unter Vorhalten von Pistolen die Herausgabe des Geldes. Da sich Jait weigerte, wurde er von den Banditen mit einem scharfen Gegenstande bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. Am den Rückbildungen des Mannes ein Ende zu machen, verriet die Frau das Versteck des Geldes. Die Einbrecher nahmen sich 270 Mark und flüchteten.

Hindenburg O. S. Historischer Fund. Bei den Arbeiten in den Bischupiger Sandbergen wurde durch den Leiter des ober-schlesischen Museums eine umfangreiche Siedlung aus der mittleren Steinzeit aufgefunden. Bei den Ausgrabungen, die fortgesetzt werden, fand man eine große Anzahl Feuersteinwerkzeuge sowie eine Anzahl von Waffen. Die neu aufgebaute Siedlung ist die sechste in Oberschlesien aus der mittleren Steinzeit und stammt etwa aus der Zeit um 5000 vor Christi.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Breslau. Mitgliederversammlung der SPD. Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, bei Wende, findet unsere Mitgliederversammlung statt. Da die Neuwahl eines Vorstandsmitgliedbes stattfindet, wird erwartet, daß die Versammlung gut besucht wird. Gäste wie immer willkommen.

Breslau. Die Breslauer Eingemeindung. Bei der Behandlung der Eingemeindung von Breslau sind die Bedürfnisse der großen Masse der Breslauer Bevölkerung mißachtet worden. Die Gemeinde Breslau, die die Eingemeindungsverhandlungen von ihrem Gemeindevorstand bestens geführt glaubte, sah sich eines Tages durch die Nachricht überrascht, daß Breslau auf die Eingemeindung Brodtaus verzichte. Breslau hat bei jeder Gelegenheit deutlich erklärt, daß es aus bebauungsrechtlichen Gründen Brodtau eingemeinden wolle. Andererseits hat die Breslauer Einwohnerschaft alle Ursache, sich zu wünschen, eingemeindet zu werden und hat ihrem dahingehenden Wünsche stets Ausdruck gegeben. Eingemeindung bedeutet für Brodtau Anteilnahme an allen kulturellen Einrichtungen Breslaus, bessere Wohlfahrtspflege, erhöhte Erwerbslosenunterstützung und mehr Lohn und Gehalt für Eisenbahnbedienstete und Beamte. Wenn es für zwei Kommunen Lebensbedürfnis ist, sich zu vereinen und diese Vereinigung kommt nicht zufrunde, so muß das seine tieferliegenden Gründe haben. Um über diese Gründe Aufschluß zu erhalten, wurde auf Anregung unserer Genossen Einberufung der Gemeindevorstände beider Städte am 1. März tagte. Nach Erledigung einiger anderer Punkte, die hier nicht interessieren, gab der Gemeindevorsteher Dr. Panje Aufschluß über den Stand der Eingemeindungsverhandlungen in den Jahren 1919 bis jetzt. Aus seinem Bericht war zu entnehmen, daß Brodtau sich wohl bereit erklärte, sich der Stadt anzuschließen, jedoch nur nach Zusage der Erfüllung gewisser Forderungen. So berechtigt und selbstverständlich einzelne davon sind, so unzumutbar und zweifelhaft sind jedoch die anderen. Ist es z. B. so unbedingt notwendig, auf Schaffung einer Strassenbahnverbindung mit 10-15-Minuten-Verkehr zu bestehen? Können wir uns nicht für den Anfang mit einem 20-Minuten-Verkehr begnügen? Ist es ferner unumgänglich notwendig, daß die Brodtauer freiwillige Feuer-

wehr dafür entschädigt werden soll, daß sie ihre Daseinsberechtigung für Brodtau verliert? Gehört es ferner zu den Lebensbedürfnissen Brodtaus, daß für Brodtau noch ein zweiter städtischer Schlachthof gebaut und der Tierarzt Hausler übernommen wird? Der Schöffe, Tierarzt Hausler, hätte weit oder gehandelt, wenn er im Interesse des Wohles der Allgemeinheit mit seinen Wünschen etwas in den Hintergrund getreten wäre. Die angeführten Bedingungen verlieren ihren Sinn, wenn man in Erwägung zieht, daß die Einwohnerschaft Brodtaus, ist Brodtau eingemeindet, diese lassen, die nur einzelnen zugute kommen, mittragen muß. Faßt man das gemonnene Bild über die Eingemeindungsverhandlungen zusammen, so geht daraus hervor, daß diese Bedingungen alle nur zu dem Zweck aufgestellt sind und im Laufe der Verhandlungen noch verschärft wurden, um Brodtau vor der Eingemeindung zu „retten“. Neupferungen einzelner Gemeindevorstandsmitglieder gehen ja auch dahin. In der kleinen Kommune lassen sich Sonderinteressen leichter verfolgen, wenn man an der Krippe ist. Die gemeinere Meinung wird bestärkt durch das Schreiben des Breslauer Magistrats, in dem dieser ausführlich, daß er auf Eingemeindung Brodtaus verzichte, da ihm nicht das Wohl einzelner, sondern das der Allgemeinheit am Herzen liege. Wenn der Gemeindevorstand auch seine Unschuld an dem Scheitern der Eingemeindungsverhandlungen beteuerte, so sei ihm gefolg, daß es gar nicht nötig ist, weitere Beweise seiner Schuld zu bringen; es genügt, zu wissen, daß er sie so geführt hat, daß Brodtau von einer Eingemeindung Brodtaus mit Schreden absehen mußte. Nach einer anregenden Debatte, an der sich alle Parteirichtungen beteiligten, wurde mit großer Mehrheit ein von unseren Genossen eingetragener Antrag angenommen, wonach der Gemeindevorstand aufgefordert wird, sofort bei den jetzt zuständigen Instanzen die Wiederaufrollung der Eingemeindungsfrage zu veranlassen und in Zukunft die Eingemeindungsverhandlungen nicht mehr allein, sondern nur unter ständiger Mitwirkung der Gemeindevorstellung zu führen. Im weiteren gab der Gemeindevorstand den Inhalt einer von den Erwerblosen eingebrachten Resolution bekannt und versprach Prüfung der erfüllbaren Wünsche. Der Gemeindevorsteher verschanzt sich immer hinter den Bestimmungen, die ihm verbieten, den Erwerblosen erhöhte Zuwendungen zu machen. Wenn er aber guten Willens wäre und auch die Erwerblosen an den Kulturgütern teilhaben lassen wollte, so möge er auch die Frage prüfen, ob sich nicht doch eine Leihhalle in Brodtau mit Hilfe der Brodtauer Volksbibliothek errichten läßt. Es ist nicht unangenehm, daß er sich nur mit der Auszahlung der Erwerblosen-Unterstützung begnügt.

Klein-Gandau. SPD. Mitgliederversammlung. Sonntag, den 12. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Lokal von Ritsche in Cosel eine wichtige Parteimitgliederversammlung statt. Die Frauen müssen ebenfalls mitgebracht werden, da wichtige Angelegenheiten besprochen werden sollen. Referent: Genosse Gustav Menzel-Breslau.

Stabelwitz, Herrnproß und Marchwitz. Auszubildungskursus der Arbeiteramareiter. Der Kolonne Stabelwitz der Arbeiteramareiter ist es gelungen, Herrn Dr. Glogauer aus Herrnproß zur Übernahme der Ausbildung zu gewinnen. Der Unterricht findet jeden Mittwoch abends, von 7 Uhr an, in der Krankenanstalt Herrnproß statt. Heute abend um 7 Uhr treffen sich alle Mitglieder und Kuristen der Arbeiteramareiter am Eingang zur Anstalt. Weitere Teilnehmer aus der Umgebung sind herzlich willkommen. Niemand sollte versäumen, sich das zur Hilfestellung für unsere Mitmenschen erforderliche Wissen anzueignen.

Marchwitz. SPD. Monatsversammlung. Sonnabend, den 12. März, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal von Prätisch unsere fällige Monatsversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig. Referent: Genosse Marchall-Let-Breslau. Gäste können eingeführt werden.

Goldschmieden. SPD. Mitgliederversammlung. Sonnabend, den 12. März, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Trenner eke Mitgliederversammlung der SPD statt. Referent: Stadtverordneter Dike-Breslau. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Aus dem Kreise Nimpsch.

Vom Reichsbanner.

Die Ortsgruppen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im Kreise Nimpsch veranstalteten am vergangenen Sonntag in Heidersdorf eine Werberversammlung. Unter den Klängen der Musikkapellen rückten die Banner gegen 3 Uhr nachmittags in Heidersdorf ein. Der Saal des Lokals war überfüllt. Nachdem die Kapelle des Banners Gorka das Bannerlied zur Darbietung gebracht, eröffnete Kreisleiter Kamerad Kantor Meyer mit warmen Begrüßungsworten die Versammlung und gab seinem Bedauern Ausdruck, daß im Verhältnis zu der Menge der Werbtätigen in Heidersdorf nur so wenige unserem Ruf Folge geleistet hätten. Anschließend sprach Gaußweiler Kamerad Steiner-Breslau über die Notwendigkeit eines starken Reichsbanners. Redner schilderte die Gefahren, die dem Republikaner drohen, wenn die Rechts- wie Linkshörschwestern ihre Ziele in die Tat umzusetzen in der Lage wären. Das dem bis jetzt noch nicht so ist, verdanken wir allein dem jähren, schon drei Jahre währenden Kampf des Reichsbanners. Die Kommunisten, die in Heidersdorf auch vertreten sind, kamen bei dieser Abrechnung schief weg. Kamerad Steiner gab einige Ausfälle der sogenannten „Arbeiter-Zeitung“ zum Besten, woraus zu ersehen ist, mit welchen Mitteln die SPD. samt ihrem Roten Frontkämpferbund zu kämpfen gezwungen ist, nur um den immer mehr schwindenden Anhang zu halten. Die Gefahr des Faschismus zeigen die faschistisch regierten Länder Italien und Rumänien deutlich. Solange ein geeinigtes Reichsbanner besteht, wird uns der Faschismus nicht überrennen können. Mit dem Appell an die Heidersdorfer, mitzukämpfen und mitzuarbeiten, schloß Kamerad Steiner seinen Vortrag. Kreisleiter Kamerad Meyer dankte dem Referenten und ermählte ebenfalls zu reger Mitarbeit. Mit einem begeisterten „Frei Heil“ auf den Volksstaat schloß die Versammlung. Die alten Kaiser- und Feldherrenbilder an den Wänden blühten sehr verwundert drein! Nach Schluß konnte zur Gründung der neuen Ortsgruppe geschritten werden. — Das Reichsbanner hat somit im Kreise Nimpsch einen neuen Fortschritt genommen.

Der Arbeitsmarkt im Kreise.

Beim hiesigen Arbeitsnachweis sind zu haben: 207 Freiarbeiter, 3 kaufmännische Angestellte, 1 Büroangestellter, 3 Chauffeure, 1 Kutsher, 55 Maurer, 19 Zimmerer, 2 Maler, 18 Dachdecker, 5 Schneidergehilfen, 11 Schuhmachergehilfen, 10 Fleischergehilfen, 6 Bäckergehilfen, 1 Müller, 8 Tischlergehilfen, 1 Beinbrecher, 3 Stellmacher, 1 Formner, 11 Schmiedegehilfen, 6 Schlosser, 2 Elektromonteur, 1 Isolierer, 1 Sattler und Tapezierer, 1 Beinbrecher, 1 Förster, 1 Rechnungsführer, 1 Wirtschafter, 6 Schweitzer (verheiratet), 52 Deputantenfamilien ohne Hofgänger, 12 landwirtschaftliche Arbeiter, 7 landwirtschaftliche Arbeiterinnen, 1 Gärtner.
Es werden gesucht: 4 Mägde, 10 Pferdebesitzer 16-20 Jahre, 2 Ackerkutscher, 12 Mädchen für Haus und Feld.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Ruba-Seife

Kein Waschtrog ohne diese alte, gute Kernseife!
Ruba-Werke, Rad. Balhorn, G.m.b.H., Breslau
Überall erhältlich per Pfund-Paket 55 Pf.

Chlorodont

die herrlich erfrischende Zahnpaste
entfernt mißfarbenen
Zahnbelag

Tube 60 Pfg., große Tube Mark 1.—

Unterhaltung

Muschil und „gnädiger Herr“.

Von Michael Arzbaschew.
Berechtigte Uebersetzung aus dem Russischen
von Arnold Wasserbauer.

I.

Frühmorgens kam auf den Herrenhof ein magerer, zer-
wühlter Mensch. Ob das ein Mensch war, ein Affe oder einfach
herberter Klumpen Schmutz, das war schwer zu unterscheiden.
Der Gutschof aber war es sauber, hell, und es roch nach Garten-
blumen, und aus dem offenen Fenster der Küche drang Braten-
geruch. Auf dem Balkon, unter der Segeltuchmarkise, stand ein Tisch
mit einem Stuhl, und der gnädige Herr, ein hochgewachsener Mensch
mit einem blauen Anzug, saß in dem Stuhl und las die Zeitung.
Der muschilartige Mensch, dessen riesige Blätter in einem Sünden-
bunde an diesem sonnigen Sommermorgen. Der Muschil lenkte
seine Schritte direkt gegen den Balkon, blieb aber fast nach jedem
Schritt eine Weile stehen und wartete. Schon bei dem Eingangs-
schritten zum Gutschof hatte er die Mütze abgenommen und hielt
mit beiden Händen vor seinem eingeschrumpften Bauch.
Während er eben umblättern wollte, bemerkte der gnädige Herr den
Muschil, und gewohnheitsmäßig blickte er streng über ihn weg,
in seine Zeitung.

„Was willst du?“ fragte er, „woher kommst du, was gibt es?“
Der Muschil blieb auf dem Platze stehen, wo ihn der gnädige
Herr bemerkt hatte. Mit sonderbaren, halb dummen, halb
schmerzlichen Augen blickte er dem gnädigen Herrn direkt ins Gesicht,
dann verneigte er sich tief vor ihm. Man sah die zerzausten Haare
des Muschils. Dann hob er den Kopf, blickte wieder und wieder
in die Augen des gnädigen Herrn und verneigte sich schweigend,
ohne seine mageren, krummen Knie unter den gestülpten Unter-
schößen zu heugen.

„Ah... der liebe Gott wird schon helfen...“ sagte der
gnädige Herr, halb auf ihn hinblickend, verzerrt, winkte leicht
mit der Hand und las weiter.
Als könnte er nicht glauben, der liebe Gott würde helfen,
aber als hätte er falsch verstanden, ging der Muschil nicht von
der Stelle und blickte immerzu auf den gnädigen Herrn, mit
unbegreiflich-traurigem Blick. Dann verneigte er sich wieder,
nicht mehr und nicht weniger tief, als früher, gerade so, als würde
eine längst bekannte und gewohnte Arbeit leisten.
„Geh doch fort!“ schrie der Herr, sich ein wenig ärgernd, da
der Bettler nicht liebt. „Ich habe dir gesagt, Gott wird schon
helfen...“ und gesch!

Die Sonne leuchtete hell, der Himmel war blau. Der Muschil
stand noch immer auf seinem Platze, und sein kurzer, ent-
stellter Schatten lag unbeweglich auf dem reinen, gelben Sande
des Hofes. Der gnädige Herr beschloß, ihn nicht weiter zu be-
hagen und tat, als sähe er ihn nicht. Es vergingen ein paar
Minuten. Der Muschil leuchtete leise, drehte sich halb um, blickte
wieder auf den gnädigen Herrn, wartete noch ein bißchen, dann
ging er langsam und schleppig sich aus dem Tore.

II.

Es war heiß. Vor dem Mittagessen ging der gnädige Herr
gewöhnlich zum Gutschof. Groß, festen Schrittes, stark durch-
schweißte, ging er durch den Vorgarten zum Fluß. Das Ufer fiel
gegen den Fluß hin ab, von seiner Höhe aus übersehen man den
blauen Wasserpiegel, der trotz der Hitze noch frische atmete. Der
Geruch des Wassers wirkte belebend, oberhalb erstreckten sich im
blauen Widerschein des Himmels die weiten Wiesen. Der goldene
Punkt der Kirchturmspitze in dem fernen Dorf brannte hart und
war ganz am Rande des Horizonts.

Unterhalb des Gartengraunes, am Rande der Wassergrube,
lag der Muschil nun vorhin und sah vor sich hin, auf seine
unbeweglichen Füße. Als er den gnädigen Herrn erblickte, hob
er seine unbegreiflichen Augen und nahm die Mütze ab.

Der gnädige Herr ging torfelnd vorüber, und das Frottier-
band, das er um die Schulter geworfen hatte, schaukelte im
Rhythmus seiner Schritte.

Lange sah er am Ufer, nackt, ließ seinen Körper von der
Sonne durchweichen, die ihm Hüften und Brust liefte. Und
dann, auf dem hohen Ufer, stand der Muschil, dessen Figur sich
schwarzlich vom blauen Himmel abhob. Er blickte auf den gnädigen
Herrn. Seine Arme schienen beunruhigt diesen, und als er sich
absetzte, ging er heim, mit nassen Haar und vom Wasser
schweißte. Der Muschil aber schleppte sich hinter ihm her. Die
Schuld des gnädigen Herrn lagte. „Wirst du mich denn nicht in
Ruhe lassen? Du Teufel!“ schrie er, indem er sich rasch umwandte.
Das ganze Blut war ihm ins Gesicht gestiegen.

„Guter Hochwohlgeborener,“ sagte der Muschil heiser und
monoton, „ich den vierten Tag habe ich nichts gegessen... ich
bin ein Schnitter... finde keine Arbeit... ich kann nicht mehr
heilen.“

„Bin denn ich daran schuld?“ sagte der gnädige Herr jäh-
zornig. „Bin ich denn verpflichtet, euch alle zu ernähren?“
„Guter Hochwohlgeborener...“ Der Muschil bewegte sich, und
mit demselben ergebenen Ausdruck, ebenso langsam und schlicht,
setzte er sich in die Knie nieder, direkt in den Staub.

Jornig blickte der gnädige Herr auf seine verstaubten, grauen
Hände, machte eine Handbewegung, dann ging er fort. Die
Sonne brannte genau auf den Kopf des Muschils. Es war
heiß und heiß.

III.

Den Abend trank man im Vorgarten, unter den Linden.
Die Sonne stand schon tief und vergoldete den Staub, den die
fliegende Herde aufwirbelte. Hinter dem Tore spielte der
Musikanten Harmonika. Der Himmel wurde zarter, und aus dem
Garten kam grüne Frische. Der gnädige Herr saß in dem Stuhl
und trank seine zweite Tasse Tee, die nach dem heißen Nach-
mittagschlaf außerordentlich gut mundete. Es war so ruhig in
den Lüften, daß man nichts anderes wollte, als in der Himmel
zu schauen.

„Lassen Sie Gottes Gnade walten...“ den vierten
Tag...“ ertönte plötzlich eine heisere Stimme hinter dem Zaun.
Der gnädige Herr zitterte, so unerwartet kam das. Durch
den Gitter des Zaunes blickte derselbe graue Muschilkopf auf ihn,
mit dem sonnenverbrannten Gesicht und den kleinen, unverständlich
ausdruckslosen Augen.

„Schon wieder bist du da?“ brüllte der gnädige Herr, mit
tremend gewordener Stimme, jedoch seine Kehle fast zu ver-
engen schien.

„Paul, Paul, laß doch, in Gottes Namen...“ bedeutete
die gnädige Frau, verzog das Gesicht und ließ unter den
Spitzen ihres Schlafrodes die vollen, rosa Ellbogen sehen.
„Was heißt das laß! Dieses Vieh verfolge mich schon den
ganzen Tag!“ sagte der gnädige Herr achselzuckend. „Semjon...“
sagte er.

Der Kutscher hörte auf, zu spielen, und trat in den Hof.
„Jag diesen abscheulichen Kerl davon, sofort...“ Er ist
weil der Teufel wie, zuwider geworden.
Paul näherte sich der dicke Kutscher dem Muschil.
„Nu geh... geh schon... Viele deinesgleichen treiben
herum.“

Der Muschil blickte auf ihn, wandte aber wieder beharrlich
Augen auf den gnädigen Herrn. Der Kutscher packte ihn
am Arme und drückte ihn hinaus.

„Was hast du?“ fragte plötzlich beleidigt der Muschil, „habe
ich dich angerührt? Ich bin zu dem gnädigen Herrn gekommen, zu
Seiner Gnade...“ Laß mich, was sagst du mich an?“

„Nu, nu,“ sagte der Kutscher drohend und stieß ihn in den
Rücken. „Geh schon einmal, wenn man es dir in Güte sagt...“
„Um das Brot sogar tut es ihnen leid,“ sagte der Muschil
weinend. „Ich bitte... was ist das? Habt ihr denn kein Kreuz
um den Hals?... verflucht seid ihr... und noch dazu Herr-
schaften...“ Um eine Brotkruste für den Hungerigen tut es
ihnen leid...“

„Du wogst es noch, zu murren?“ schrie der gnädige Herr.
„Warum schreiest du denn? Habe ich dich denn beleidigt?“
„Semjon!“ heulte der gnädige Herr, „hau ihm eins in
den Nacken!“

Semjon stieß den Muschil noch einmal in die mageren
Schultern und gab ihm, ein wenig mit Anstrengung, noch einen
zweiten Schlag in den Nacken. Der Muschil ließ seine Mühe
fallen, stolperte, konnte sich nicht mehr auf den Füßen halten
und fiel in den Staub. Hinter dem Tor lachte man. Semjon,
durch dieses Lachen angespornt, hob den Muschil beim Kragen
auf und stieß ihn mit den Stiefeln in den Rücken.

„Hilfe...“ schrie der Muschil mit dünner, erschrockener
Stimme, aber Semjon packte ihn und warf ihn im Bogen aus
dem Tore, in den Straßentraub.

Lange noch hörte man, wie der Muschil schrie und Semjon
schimpfte, der die Hunde auf ihn hegte.

Bald wurde es finster, die Sterne leuchteten still auf dem
lamtlenen Himmel, und ferne, auf der Landstraße, Klingel und
Klingel die weinende Stimme: „Christusmahler... Herr-
schaften... einen hungerigen Menschen... huhu...“ alles
haben sie an sich gerissen... huhu... wartet nur...“
Im Herrenhause flammten die Lichter auf.

Die Weiden.

Von Hans Brand.

Die Weiden wollen es nicht länger dulden,
daß Winter ungewarnt den März verhöhnt.
Lobtraurig hat der siche See gestöhnt.
Sie wissen, was sie seinen Schmerzen schulden.

Hat er nicht, als der Sommer Strauch und Baum
verfengte, heimlich sie getränkt, genährt?
Als sie todmatt sich brüderlich bewährt?
Die Stunde kam, da sich ihr Dankestrahl

durch eine Tat ihm heilsam wird enthüllen.
Er soll heut nacht nicht mehr zum Mond aufbrüllen!
Sie müssen, bis er lachet, mahnen: „Mut!“
In ihre struppigen Köpfe steigt das Blut.
Heut ist, was sie erröten macht, noch Wut.
Doch morgen wird sich's als Gesang erfüllen.

IV.

Die Nacht war mondhell und warm. Die Fenster gegen den
Garten standen offen und sahen wie schwarze Fleder aus auf der
weißen, mondlichen Wand. Die Blätter glänzten vom Tau,
hinter dem Garten schlug die Nachtigal, und der Mond, voll und
still, schwamm unbemerkt über den Himmel, tauchte die Wiesen
in weiße Nebel.

Der gnädige Herr schlief. Undeulich sah man seinen großen
Körper in dem Bett, und sein leises Schnarchen piepte in die
Zimfensirn. Wie ein silberner Fleder legte sich das Mondlicht auf
den Boden.

Plötzlich stimmerte etwas hinter dem Fenster auf und ver-
schwand wieder. Es schien, als wäre es noch stiller geworden.
Wieder tauchte ein Schatten auf, und die Silhouette des dunklen,
zerzausten Kopfes stand unbeweglich in dem hellen Fensterrahmen.
Derselbe Schatten lag auch auf dem Boden des Zimmers. Wieder
piepte der gnädige Herr, murmelte etwas im Schlaf.

Weit, im Hühnerhofe, ertönte der prophetische Ruf des
Hahnes und slog hoch zu dem finsternen Himmel über dem
Herrenhose.

Der schwarze Schatten des Muschils verdeckte das Mondlicht,
das in das Zimmer fiel. Etwas sprang weich auf den Boden,
erstarre. Der gnädige Herr hörte auf, durch die Knie zu pfauchen,
und es schien, als beginne er, zu laufen. Aber gleich darauf
pfauchte er wieder ruhig und sorglos weiter.

Etwas Schweres erhob sich wuchtig in der Luft und sauste
herunter. Etwas knisterte, wie gepaltes Fleisch, etwas klatschte,
widerlich, prunkte an die Mauer.

Krampfartig und schwer bewegte sich der gnädige Herr und
röchelte plötzlich lang und erschrecklich.

Wieder ertönte der traurige und warnende Schrei des
Hahnes. Still näherte sich die Nacht ihrem Ende, und der Mond
verlank allmählich hinter dem finsternen Garten. Jemand lief rasch
durch den Garten, der Zaun knirschte, laut quakten die Frösche
und sprangen ins Wasser. Alles wurde still.

Der gnädige Herr schwebte. Nur mehr mit dem Rand blickte
der Mond herauf, und deutlich zeichneten sich die schwarzen Blätter
vom Himmel ab.

Arabische Weisheit.

Ein Fremder ist blind mit offenen Augen.

Selbst das Bambusrohr gleicht einem Neuvermählten, —
wenn du es so kleidest.

Wenn eine Schlange gebissen, der rennt vor einem Bind-
fadenende davon.

Wer eine alte Frau zum Hochzeitsfest einlädt, darf sich nicht
wundern, wenn sie ißt und klatscht.

Nur unter dem Druck seiner Bürde ruft der Holzträger
nach Gott.

Wenn eine Rose dabei steht, wird auch der Dornenstrauch
bewässert.

Ein Brunnen, der süßes Wasser gibt, ist immer leer.

Wenn du einer Gatte freigt, fängt sie dich in eine Ruthe.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Krise 1866.

Von Gustav Mayer.

Waren die Lassalleaner nach dem Tode ihres
Führers in die Schlingen Bismarcks geraten? War
ihre Führer Schweiger von Bismarck be-
trübt? Bebel hat es behauptet, Mehring
bestritten. Der beste Kenner dieser Periode der
Arbeiterbewegung, Prof. Mayer-Berlin, schreibt
auf Grund kürzlich in Breslau neu aus-
gegebener Dokumente darüber im letzten Heft
des „Archivs für Sozialwissenschaft“ die folgende
interessante Studie, die zugleich ein Muster
der Anwendung kritischer historischer Forschungs-
methode ist. Red.

Als Bismarck sich zum Entscheidungskampf mit Oesterreich
rüstete, war er sich bewußt, daß der moralische Kredit, der ihm
von der öffentlichen Meinung Deutschlands innerhalb und außer-
halb Preußens zugebilligt wurde, in keinerlei Verhältnis stand zu
der militärischen Macht, über die Preußen im Ernstfalle verfügte.
Er war aber viel zu klug, als das er den Begriff der Macht so
eng gefaßt hätte wie bei späterem Anlaß seine Diabolen und
legte sich klar davon Rechenschaft ab, daß derjenige, der um die
Mitte des 19. Jahrhunderts einen Krieg Deutscher gegen Deutsche
zu entfachen wagte, nur zum Ziele gelangen konnte, wenn er den
Massen des Volkes und namentlich des Bürgeriums einen Kampf-
preis wies, der sie zu begeistern geeignet war. Wie die Verhältnisse
lagen, mußte er ihnen vor allem die Ueberzeugung beibringen, daß
derselbe Minister, der noch soeben den preussischen Verfassungs-
konflikt mit brutaler Rücksichtslosigkeit geschürt hatte, nun
wirklich bereit war, gründlich umzulernten und liberalen und sogar
demokratischen Forderungen weit entgegenzukommen. Wie wenig
der gewaltige Spieler sich damals geschämt hätte, unter Umständen
auch zu revolutionären Mitteln zu greifen, schimmert noch aus
seinem politischen Testament, den „Gedanken und Erinnerungen“
heraus, wir erfahren es aber auch schon aus seinen Gesprächen
mit Benedetti und schließlich es aus seiner Antrittsrede mit dem
ungarischen Revolutionären von 1849. Sobald er sich erst ent-
schlossen hatte, alle Minen springen zu lassen, trug er auch kein
Bedenken mehr, „die damals stärkste der freiheitlichen Kräfte, das
allgemeine Wahlrecht mit in die Mauer zu werfen“ *) und damit
an die Gedankengänge anzuknüpfen, die ihm drei Jahre zuvor der
inzwischen verstorbene Ferdinand Lassalle besonders eindringlich
nahegebracht hatte. Friedrich Engels sah durchaus richtig, wenn
er im Mai 1866 zu Marx äußerte, jetzt wäre der Zeitpunkt da, wo
Bismarck Lassalle eine große Rolle hätte spielen lassen).

War der preussische Ministerpräsident jetzt nicht drauf und
dran, jenes Programm zu befolgen, das der Agitator 1859 in
seiner Broschüre: „Der italienische Krieg und die Aufgabe
Preußens“ dem Staate Friedrich des Großen in der deutschen
Frage vorgezeichnete hatte? Schied er sich nicht an, jenem Staate
zu Leibe zu gehen, den Lassalle immer als das gefährlichste Boll-
werk der europäischen Reaktion betrachtet hatte? Nach schwerer
aber wog, daß Bismarck mit seinem Antrag vom 9. April sich in
den Augen der Lassalleaner zum Vollstrecker des innerpolitischen
Testaments ihres Meisters aufwarf und daß er ihnen die Aus-
sicht eröffnete, den Punkt, um den sich dessen Agitation am stärksten
gedreht hatte, in die Wirklichkeit zu überführen. Was lag unter
solchen Umständen näher, als daß Bismarck in dieser Stunde, wo
er in allen politischen Lagern nach publizistischen Beirater
seiner revolutionären deutschen Politik Ausschau hielt, auch die
Personen vor seinen Augen zu spannen suchte, die in der vor
Lassalle begründeten kleinen Partei das entscheidende Wort
führten? Hier aber galt, obgleich er noch nicht selbst die
Präsidentenwürde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins be-
kleidete, als die unzweifelhaft bedeutendste, einflußreichste, ja man
darf ohne Uebertreibung sagen, maßgebende Persönlichkeit Johann
Baptist von Schweiger, jener ehemalige Frankfurter Rechtsanwält,
der gemeinsam mit seinem Freunde Johann Baptist von Hoffmann,
einem früheren bayrischen Offizier seit Anfang 1865 den „Social-
demokrat“ herausgab, ein kleines, aber viel beachtetes Blatt, das
der Regierung besonders deshalb gelegen gekommen war, weil
es die Politik der Fortschrittspartei auf das heftigste kritisierte.
Schweiger, der bereits eine bewegte Vergangenheit hinter sich
hatte, genoh, wie hinsichtlich bekannt ist, in der Defensivität
keinen guten Ruf; sein Ehrgeiz stand hinter seiner Mittellosigkeit
nicht zurück, und nicht wenige trauten ihm zu, daß dieser ihn selbst
zu gewagten Schritten verleiten würde, wenn er sich damit den
Weg zu Einfluß und Wirkung bahnen konnte. Seine Gegner
innerhalb der noch so ungescheiterten deutschen Arbeiterbewegung
durften also guten Glaubens sein, wenn sie den schlechten Leu-
munden, unter dem er litt, benutzten, um womöglich diesen gefahr-
lichsten Rivalen, der ihnen so hinderlich war, matt zu legen.
Namentlich Wilhelm Liebknecht, dem die von Lassalle gegründete
Organisation den eigenen Weg verperrte, und sein junger Adept
August Bebel läßten scharfen Blicks auf jede Blöße, die ihr
Gegner sich in seinem politischen und privaten Leben gab. Schon,
daß er trotz seiner notorischen Armut und der zahlreichen Schulden,
die er auf sich geladen hatte, einen gewissen Aufwand trieb, wurde
ihm namentlich von den in ehrenfesten, aber kleinbürgerlich be-
schränkten Vorstellungen groß gewordenen Bebel dahin ausgelegt,
daß er ein bezahlter Agent der preussischen Regierung sein müsse.
An dieser Auffassung hat der Organisator der deutschen Sozial-
demokratie bis an sein Lebensende festgehalten, und noch ein
großer Teil des zweiten Bandes seiner Erinnerungen verfolgt
keine andere Absicht, als diese These zu begründen. Besonders
plagt Bebel sich dort damit ab, jene Ehrenrettung Schweigers zu
entkräften, der Franz Mehring sich in seiner Geschichte der Deutschen
Sozialdemokratie erfolgreich unterzogen hatte; doch er wendet sich
auch ein wenig gegen mein 1909 erschienenen Werk „Johann
Baptist von Schweiger und die Sozialdemokratie“, obgleich ich,
während ich an dem Buche schrieb, meine Auffassung von
Schweigers politischem Charakter wiederholt in oftmals sehr leb-
haften Gesprächen mit ihm an seinen Einwürfen nachgeprüft hatte.
Ich habe in jenem Werk, dessen Inhalt ich hier unmöglich zu-
sammenfassen kann, die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie
von Lassalles Tod bis zur Einigung in Göttingen auf Grund aller mir
damals erreichbaren schriftlichen, mündlichen und gedruckten
Quellen dargestellt, und ich gelangte dort, was Schweigers
Charakter betraf, zu dem Ergebnis, daß Bebel's maßlose An-
geweißlung der politischen Integrität des Gegners weit über das
Ziel hinausgeht, daß Schweiger, was seine Abstammung hin-
reichend erklärte, einen in Deutschland seltenen romanischen Typus
des Volkstümers darstellte, daß er außerdem ungewöhnlich begabt
war, daß er aber freilich in seinem Privatleben den Typus des
deklassierten Adligen verkörperte, den in seinen französischen Gebra-

*) Gedanken und Erinnerungen, Stuttgart 1898, Band II,
S. 58 f.

*) Ebendort.

*) Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl
Marx, Stuttgart 1913, Bd. III, Seite 320 f.

Langschnablers Brautfahrt.

Zur Wiederkehr der Schneepfenzen.
Von Dozent Oswald Schild.

Wer kennt nicht jenes alte Jäger-Spruchwort: „Da kommen sie“, das dem Waldmann von Fern und dem Beginn der Jagdzeit anzeigt, denn nichts ist so schön, als den ersten lauen Lenzeshauch wehen, allenthalben harte Winterbeulen zu schmelzen beginnen und Kollekthieren Drossel zum großen Waldkonzert rufen.

Kein Zauber eines Maiabends mit den einschmeichelnden Koloraturen der mannigfaltigen, gefiederten Konzertmeister scheint trauriger, als jener herbe Hauch im Nistengestank als jener frostige Frühnebelhauch im geheimnisvollen Licht der Abenddämmerung des Märzwaldes, der durch die von den ersten Regungen des erwachenden Lebens.

Am Waldbrande hält nun der sagenhafte „Wogel“ dem Langen ein „Liebeslied“, von der die Dichter, die so viel Aufsehens machen mit ihren Rosen und Gipsmännchen, keine Ahnung haben. Die losenden Waldschneepfenzen erlösen sich nicht an den Schwärzen Drosseln, die aus vielerlei berauschenden Klängen zusammengebracht im Romaneoneit über der Waldschneepfenzen lagern. Ein eigenartiges Schwirren der leisesten Töne raumt wilderer Regungen gibt sich vielmehr dem lauten Ohr kund, und daß dabei das Auge mit Sicherheit entziffert, ob die eigentümlichen Töne der lieblichen Schnäbel aus den majestätischen Wölbungen der Nisthöhlen den kanzelnden Nebelbildern des Dichters kommen, dem rotbraunen, mit gelblichen Flecken und Querschnitten geschnittenen Schnäbel meist unfernen Langschnablers bei seiner Fahrt vor den Felsenklippen der Angehörigen der „grünen“ Doch nicht selten blüht es in dem, im Banne des Schwirrens schattenschweren Dichtes auf — und schon für erste Strichschnepfe als willkommenes Beute ins Unterholz, sah wurde vom Standpunkte des Vogelschützen gegen diese schiefen balzenden Schnepfen recht heftig Einspruch erhoben, da man der Ansicht war, daß dabei hauptsächlich die Schnepfen getötet werden. Nun wurde aber bewiesen, daß beim Schnepfenstreich erlegte Tiere zum größten Teil Männchen bestanden, so daß dadurch der Schnepfenbestand wesentlich gefährdet werden kann, vorausgesetzt, daß die einem so eigenartigen poetischen Netz verklärte Jagdart bis in das tiefe Frühjahr verlängert wird.

Als Bewohner in feuchten Wäldern ist auch die Schnepfe uns ziemlich häufig und gleich dem Vogel selbst, zeigen die in kunstlosen Nestern befindlichen, erdbräunlichen, rötlich braun gefleckten Eier die charakteristische Schußfärbung, lange, gerade Schnäbel der Waldschneepfen ist nur an den Käben der etwas überragenden Oberstabschneepfen harnig, an anderen Stellen hingegen weich, nervenreich und vor allem empfindlich. Mit Hilfe des Schnablers ergreift sie auch zwischen den abgetorbenen Blättern usw. befindlichen Schmetterlinge usw., wobei sie mit ihren außergewöhnlich großen Augen die Umgebung scharf beobachtet.

Elektrizität und Gärtnerei.

Neue Versuche zur Förderung des Pflanzenwachstums.

Zu den Erkenntnissen der modernen Pflanzenphysiologie gehört auch die Tatsache, daß durch elektrische Belichtung wesentliche Förderung des Wachstums der Pflanzen zu erzielen. Neue Versuche hierzu mit bedeutendem praktischem Gehalt vor einiger Zeit die Westinghouse Lamp Company in Verbindung mit der Saatgutanstalt von Hederson & Co. in England angestellt. Binnen sechs Wochen erreichten die bestrahlten Pflanzen die doppelte Größe der unbehandelten Kontrollpflanzen und waren in der Gesamtentwicklung ihren Anverwandten um 2-4 Wochen voraus. Ganz ähnliche Ergebnisse erzielte auch Professor F. J. W. in der Columbia-Universität, der Unterzucht der gleichen Gesellschaft gleichfalls ausgeführte Versuchsreihe durchführte.

Was diesen Versuchen auch für unsere Verhältnisse besondere Bedeutung verleiht, ist die Tatsache, daß gar komplizierte Versuchsbedingungen geschaffen wurden. In der Tat wurden die Experimente nur mit 110 Volt-Anlagen durchgeführt. In einem bestimmten Zeitpunkt wurden nur 12 mülfe- und 12 Blumenforten in gewöhnlichen Saatfässen ausgelegt, jedoch in zwei Abteilungen, von denen die eine elektrisch beleuchtet wurde, während die andere nur in dem normalen Licht genutzte. Durch einen Vorhang waren im Gewächshaus beide Versuchsserien nachts voneinander getrennt. Für 12 Versuchsserien waren also sämtliche äußeren Bedingungen von Bestrahlung vollkommen gleich. Eine der beiden Versuchsserien erhielt nun außer dem Tageslicht jede Nacht von 8 Uhr ab bis 1 Uhr früh elektrisches Licht. Der Einfluß der Bestrahlung zeigte sich schon bei der Keimung, denn Wurzeln, Latenzen, Sprosser, sowie einige Jergewächse, waren den unbehandelten Kontrollpflanzen gegenüber voraus und zwar betrug der Vorsprung 4-12 Tage, der beinahe immer durch die ganze Versuchszeit hindurch erhalten blieb. Daß dieser Fortschritt ein normaler und kein krankhafter ist, wie man ihn beispielsweise beim Vergeilen (Etiolieren) der Kartoffeln im Keller beobachten kann, ging daraus hervor, daß die bestrahlten Pflanzen stärkeres Wachstum und bessere Belaubung aufwiesen, als die Kontrollreihen, die nur auf das Tageslicht allein angewiesen waren.

Die Vorteile dieser Bestrahlungsmethode liegen dem augenscheinlich auf der Hand und auch die besondere Bedeutung dieser Versuchsergebnisse für die Handelsgärtnerei ist leicht einzusehen. Vielleicht findet sich auch bei uns jemand, der diesen Versuchsergebnissen zur Nachahmung seine besondere Aufmerksamkeit widmet.

Das Schließen-Diner.

Von Hermann Schilling.

Schließen-Diner im „Kaisersaal“ des „Rheingold“?

Warum nicht. Sicherlich eine o-ri-gi-nel-le Idee!

Ueber den Grafen Schlieffen, den einzigen deutschen Generalstabchef von Formet zwischen Moltke I. und Moltke II., ging kürzlich eine herrliche Episode durch die Mütter: Kaisermandat vom 1900. Mitten in der Schlacht blüht es „Das Ganze halt!“ Ein Adjutant des Kaisers prescht zu dem Manöverleiter Grafen Schlieffen heran und meldet: Der Kaiser selbst habe die Kanallerie zum Angriff geführt, sei aber von der feindlichen Kavallerie zurückgeschlagen worden. Darauf habe Wilhelm „Das Ganze halt!“ blafen lassen, habe die eine Brigade der feindlichen Division herangeholt, habe sie einfach die Helmüberzüge übernehmen lassen und seine eigene Division so um die Hälfte vergrößert. Nun werde der Angriff in seiner neuen Fassung wiederholt — bis zum endlichen Sieg.

Mit eiserner Ruhe hörte Schlieffen den Bericht an. In seiner Umgebung wagte niemand sich zu rühren. Da nahm Schlieffen das Monokel, klemmte es ins Auge, sah sich langsam im Kreise um, holte tief Atem und sagte dann, jede Silbe zentnerschwer betonend: „O-ri-gi-nel-le Idee!“

Nun haben einige Herren des ehemaligen Großen Generalstabs die gute Idee befaßt, zu Ehren ihres ehemaligen Chefs alljährlich ein Erinnerungsdiner abzuhalten. Alljährlich versammelt sich die Elite des alten Generalstabs im Rheingold oder bei Seiler, natürlich nur in einem ganz vornehmen Speiselokal, und futtert ihr „Schließen-Diner“. Das ist ihr gutes Recht. Eine eigene „Dienerschaft“ speist die betreffenden Räume gegen gewöhnliche Sterbliche ab und dann gibt es eben ein Liebesmahl, wie jedes andere auch, mit all dem Klimbim der Vergangenheit, über das man heutzutage eben ganz verschieden denkt, mit Epauletteten, roten und grünen Krügen, Adjutantenknäuren, Ordensknäulen und der ganzen Wilhelmimischen Theaterkassette! Jeder gönnt es den Jünglingen des Moltkehauses, daß sie sich nach dem verlorenen Krieg an das Finken militärischer Genialität, das in der Rede der wilhelmimischen Soldatenführerschaft ein schweres Dasein hatte, an Schließen klammern. Nun war allerdings der oberste Repräsentant der Republik in voller Uniform auf diesem „Diner“ und machte damit die Privatangelegenheiten einiger dienstfreudiger Offiziere zu einer Hoch- und Staatsaktion.

Ein Schließen-Diner? Dem Laien gilt es zunächst zu erklären, was für eine Bedeutung das Wort „Schließen“ für das Offizierskorps der Weltkriegsepoche hat. Graf Schlieffen war der Begründer der neu-preussischen Strategie, der „Umfassungs- und Vorwärtsschlag“ und Bormarsch-Operation gegen Belgien gipfelte, kurz im „Schließenplan“. Dieser vom rein militärischen Standpunkt aus großartig angelegte „Schließenplan“, der durch allerlei kleine Geister, unter anderem auch durch den letzten Kaiser, „verwässert“, d. h. strategisch verunstaltet wurde, ließ uns in den Krieg und dann in die Niederlage hinein.

Das Schließen-Diner ist also doch wohl eine Art „Trauerfeier“ mit einem Requiem auf die zuhausegerittene herrliche „Schließenidee“ und einem Ferngericht über die Totengräber des Schließenplanes und damit des deutschen Heeres gedacht?

Oder gar als Generalabrechnung mit dem letzten Kaiser, der den armen Schlieffen durch seinen militärischen Größenwahn und seine Stumpfsinnigkeit zu Tode gequält und wie seinen treuen Diener Bismarck weit vor der Zeit zum Teufel gejagt hat?

Graf Waldersee und der jüngere Moltke geben ja ein herrliches Bild in ihren Memoiren vom dem Martyrium Schlieffens unter dem „Schlachtenhimmel“ des „Allerhöchsten Herrn“. Gleich zu Beginn der Kommandotätigkeit des Grafen Schlieffen mußte dem Kaiser, wie Waldersee erzählt, ganz geistig beigebracht werden, im Generalkstabsgebäude seien die Majern. Wäre er gekommen, so wäre Schlieffen wahrheitsgemäß in die Lage gebracht worden sein, seinen Abschied nehmen zu müssen. Der Kaiser hätte sich sicher wieder wie in dem vorausgegangenen Manöver derart katastrophal benommen, daß ihm der neue Chef eben die Zähne hätte zeigen müssen — und das hätte Schlieffen trotz seiner überragenden militärischen Autorität eben nicht überlebt.

Das zweitemal wurde die Stellung Schlieffens dadurch gerettet, daß der Kaiser ein Einsehen bekam und sich die Lösung der Generalkstabsaufgabe „hinterherum“ durch seinen Adjutanten holen ließ. Durch etwas Majern und eine kleine Mogelei schuf man also die Unterlage für Schlieffens Generalkstabscheflichkeit. Denn von nun an hüllte sich Schlieffen nach übereinstimmenden Berichten einfach in tiefstes Schweigen, wenn der „Soldatenkaiser“ die Armees nach allen Regeln der Kunst verbarb.

Eines Tages flog er aber dann doch trotz seiner geradezu riesigen Autorität in der Armees zum Tempel hinaus! Mit ihm der „Schließenplan“!

Als aber an der Marne das Verhängnis kam, da fluchte mit dem alten Häfeler die ganze Armees: „Was hätte der alte Schlieffen dazu gesagt!“

Jetzt aber feiert man angefaßt des Eberhardshausens seiner Majestät in Gegenwart des Reichspräsidenten, des ehemaligen Kronprinzen ein Schließen-Diner mit vollem wilhelmimischen Ornat und Kaiserhoch! Schade, daß man nicht Gespenster beschwören kann! Der alte Schlieffen hätte sein Monokel ins Auge geklemmt und freundlich gesagt: „O-ri-gi-nel-le Idee!“

langen keine bürgerlichen Vorurteile beugen, und daß er deshalb nicht angestrichelt wurde, woher das Geld fließt, dessen er bedarf, um die Zeitung am Leben zu erhalten, mit der seine politische Stellung untrennbar verknüpft blieb. Ich bestritt entschieden, daß Schweiger ein feiles und bewußtes Werkzeug der Regierung gewesen sei und um des Geldes willen eine Politik geschrieben habe, die mit seinen eigenen Überzeugungen nicht übereinstimmte. Diese Beurteilung Schweigers hat meines Wissens außer von Behrens von keiner Seite eine ernsthafte Kritik erfahren, und ich halte unbedingt auch heute noch an ihr fest, obgleich mir neuerdings ein Dokument zu Gesicht kam, aus dem solche die den Gesamtzusammenhang weniger genau kennen, Schlüsse ziehen könnten, die Behrens Beurteilung Schweigers zu neuem Leben zu erwecken vermöchten.

Als Bismarck am 9. April 1866 beim Bundesstag den Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlamentes stellte, bückte Schweiger eben eine einjährige Gefängnisstrafe ab, die er sich durch „mittels der Presse verübte wiederholte Beleidigung einer öffentlichen Behörde und öffentlicher Beamter, wegen wiederholter Schmähung von Anordnungen der Obrigkeit, wodurch dieselbe dem Haß und der Verachtung ausgesetzt wurde, wegen Majestätsbeleidigung und Gefährdung des öffentlichen Friedens durch Aufreizung der Angehörigen des Staats zu Haß und Verachtung gegen einander“ zugezogen hatte. Während er selbst im besten Fall nur gelegentlich vom Marktplatz her einen Artikel heistern konnte, wurde das Blattchen von dem Geldgeber des Unternehmens, dem unbedeutenden Hoffstetter, redigiert, bei dem Schweiger damals als Hofmeister wohnte. Hoffstetter hatte am 3. Januar 1865 bei der Polizeihauptstelle in Berlin die 2500 Taler hinterlegt, die man als Kaution für das anfänglich dreimal in der Woche herauskommende Blatt forderte. Als dieses im Juli 1865 in eine Tageszeitung umgewandelt wurde, hatte er weitere 2500 Taler hinterlegt, die ebenso, wie die frühere Zahlung, als seiner Gattin, einer geborenen Gräfin Strachwitz gehörend gebucht wurden. Damit hatte er aber sein kleines Vermögen stark angegriffen, und es war vollends erschöpft, als bald darauf mit einem Schlag andere beträchtliche Verluste hinzutrat. Die Schweiger, geriet auch Hoffstetter von nun an in zunehmende finanzielle Schwierigkeiten. Aus den Polizeiakten über den „Socialdemokrat“ ist zu ersehen, daß am 29. März 1866 das königliche Stadtgericht, Abteilung für Zivilsachen, dem Polizeipräsidenten mitteilte, seine Kaution in Höhe von 1700 Talern sei auf Antrag eines Gläubigers mit Arrest belegt worden. Nun erfahren wir aber jetzt aus einem Schriftstück, das dem Nachlaß Hermann Wagener angehört, und das dessen heutiger Besitzer, Herr Direktor Max Stein in Breslau, mir freundlich zur Verfügung stellte, daß Hoffstetter acht Tage nach seiner Arrestverfügung, am 6. April, also nur drei Tage vor dem vorliegenden Antrag beim Bundesstag, der die Hauptforderung des Nationalen Programms zu erfüllen versprach, gegen Verpfändung des Kautionsdokuments ein unermessliches Darlehen in Höhe von 2500 Talern von Bismarck erhielt. Die Rückzahlung dieses Darlehens konnte von ihm zu jeder Zeit gefordert werden, ohne vorhergehende Kündigung, wogegen ihm eine sechsmonatliche Kündigung zugesichert wurde. Bismarck bestätigte allein mit seiner Namensunterschrift ohne Hinzufügung eines Titels eigenhändig, daß er das Kautionsdokument erhalten habe.

Auf das Urteil des sozialdemokratischen Organs über die „Hohoburgisch-Hohenollerische Haupt- und Staatsaktion“ — so bezeichnete es die Spannung zwischen den beiden deutschen Großmächten, bei der das deutsche Volk nur eine passive Rolle spielte — übte die Gesellschaft, die der preussische Ministerpräsident dem in Freiheit befindlichen Redakteur erwies, zunächst keinen nachweislichen Einfluß aus. Am 13. April betonte das Blatt mit allem Nachdruck, daß allgemeine und direkte Wahlen ohne geheime Abstimmung nur „einen großen Schwindel“ bedeuten könnten, und stimmte der „Rheinischen Zeitung“ zu, die sich über Bismarcks Motive keine Illusionen zu machen, sein System auch weiterhin zu bekämpfen, aber die Waffen nicht zurückzuweisen, die er der Demokratie in die Hand drückte. Zwei Tage später erklärte der „Socialdemokrat“, daß, wenn die Abgeordneten keine Diäten erhalten sollten, dies „eine Privilegierung des Gelds auf Kosten der Intelligenz“ bedeuten würde. Auch weiterhin hielt das Blatt an der Taktik fest, sich von den Motiven, die die preussische Regierung zu ihrem Reformvorschlag getrieben hatten, scharf zu distanzieren, auf eine möglichst demokratische Gestaltung des künftigen Wahlverfahrens hinzuwirken, aber im übrigen die Forderung zu vertreten, daß die Demokratie Bismarck ruhig gewähren lassen sollte. Es vertrat auch nicht seine Genugtuung darüber, daß die „impotenten Phrasendrescher“ im liberalen Lager sich mit ihren „lächerlichen Resolutionen“ vor der öffentlichen Meinung immer mehr blamierten. Diese politische Richtlinie wurde der jungen Partei von den Verhältnissen so klar vorgeschrieben, daß sie auch keine Veränderung erfuhr, als Schweiger wieder persönlich den „Socialdemokrat“ leitete.

Nachdem er sich schon einige Male erfolglos darum bemüht hatte, wurde er am 9. Mai aus seiner Haft beurlaubt, „wegen gerüttelter Gesundheit“ lautete anscheinend die offizielle Begründung, um, von Bismarck bestochen, für die preussischen Darlehensnehmer zu agitieren, behaupteten die Gegner. Wie es sich tatsächlich verhalten haben wird, läßt sich mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit aus der allgemeinen Lage, wie sie vorher skizziert wurde, schließen. Gewichtige Gründe sprechen dafür, daß Schweiger, vielleicht durch Hermann Wagener, Bismarck die Vorteile nahegelegt hat, die aus seiner Freilassung der Sache

1) Vgl. dazu G. Mayer: Johann Baptist von Schweiger und die Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Jena 1904. Seite 181 f.

2) J. B. von Hoffstetter: Mein Verhältnis zu Herrn von Schweiger. Berlin 1869, S. 6.

3) Akten des kgl. Polizeipräsidenten Berlin, betreffend die Zeitschrift „Der Socialdemokrat“, Zeitschr. Vol. I, Nr. 378, Rep. 30, Berlin 6. Polizeipräsident, Lit 93.

4) Reusche-Sophie von Haaseldt: Der „Socialdemokrat“ und seine Helfershelfer. Als Manuskript gedruckt (Januar 1867), S. 7. In der Tat bekämpfte der „Socialdemokrat“ in seinen Leitartikeln vom 6. und 12. Juni die Agitation der Fortschrittler gegen diese finanzielle Aktion der Regierung.

5) Gustav Mayer: Schweiger passim, besonders S. 161 u. 180.

Berliner Theater.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die quantitativ sehr reichen, wenn auch qualitativ nicht gerade ergiebigen Leistungen der Berliner Bühnen in den letzten Wochen zeigten durchweg die eigentümlich sehr nachlässige und doch so oft vernachlässigte Tendenz nach recht massiver theatralischer Wirkung. Am bemerkenswertesten in dieser Hinsicht war die Aufführung des amerikanischen Kriminalstücks „Die letzte Warnung“ im „Theater in der Kommandantenstraße“. Selbst der argste Skeptiker wird unabweislich von der unheimlichen, immer neu gesteigerten Spannung mitgerissen und bis zum Schluß festgehalten. Es geschehen gewaltig in dem geschickten Theaterstück, das dem Stück noch einen besonderen Reiz verleiht, aber die Handlung ist mit lächerlicher Logik bis zur Auflösung der mysteriösen Kriminalaffäre geführt, dabei von einer ansgewöhnlichen, durchaus echten Personenabbildung und überaus wirksamen humoristischen Unterbrechungen angefüllt, so daß auch anspruchsvolle Kunstfreunde von dieser gewiß unproblematischen und keine gedanklichen Tiefen aufwühlenden Darbietung grandulig gerührt werden.

Die hohe Literatur kam in der „Volksbühne“ mit dem „Traumpfad“ von Strindberg zu ihrem Recht. Die seltsame Phantasie, die pessimistische Verachtung in die letzten Urstadien des Menschenseins, die tiefe Symbolik und die empörte Anklage sozialer Ungerechtigkeit sind für den Dichter ebenso charakteristisch wie seine gelegentliche enge Verzahnung mit Symbolisten. Die dem Geiste des Dichters sehr lebendig ausgeprägte Auffassung verleiht dem starken Erbes und der dramatischen Einheit des Werkes zu tiefgehender Wirkung.

Als literarisch und menschlich wertvoll ist sonst nur noch die im Reiche bereits bekannte Berliner Tragikomödie „Razzi“ von Hans J. Rehfisch zu bezeichnen, die im staatlichen Schiller-Theater zu einer darstellerischen und sprachlichen Gipfelleistung erhoben wurde. Der Dichter schildert in dieser seiner bisher reifsten Schöpfung ein Stück proletarisches Leben ohne jede parteipolitische Tendenz, aber mit soviel Kenntnis und warmem Verständnis, daß darin ein Abschnitt unserer Zeitgeschichte in seiner, künstlerischer Form lebendig wird, der durch die Objektivität der Darstellung dokumentarischen Wert gewinnt. Dagegen bot die Aufführung der Komödie „Kilian“, oder die gelbe Kose“, von Paul Kornfeld, der schon viel bessere Stücke geschrieben hat, im Staatlichen Schauspielhaus eine schwere Enttäuschung. Der Verfasser weiß aus dem dankbaren Thema einer Ironisierung moderner Weisheitslehren und spiritueller Teufelstänze nicht mehr als einen trivialen Akt zu machen, und offenbar eine erkennliche dramatische Unfähigkeit darin, daß er — mit Ausnahme einer einzigen schlagkräftigen Szene — vielfach mit Monologen arbeitet, in denen keine Personen lang und breit ihre Geistesverfassung und den Fortgang der Handlung erläutern.

Nicht leicht ist es, zu dem Schauspiel „Die treue Agathe“ der Engländerin Margaret Kennedy Stellung zu nehmen, das bis auf weiteres den Spielplan des Theaters in der Königgrätzer Straße beherrscht. Die im Grunde sehr lebenswahre, psychologisch keine und eindrucksvolle Darstellung der Liebe eines halbreifen Mädchens zu einem etwas unvollständigen Puffler und der Tragik eines in bürgerliche Enge und Spießigkeit gepressten Künstlers ist mit Sentimentalitäten und Kolportageeffekten uneliebig belastet. Wenn dennoch die

Aufführung einen der stärksten Erfolge dieser Spielzeit bedingt, so ist das ganz das Verdienst der bis in die feinsten Mäntel hineinsehtenden, ergreifenden Veranschaulichung der Titelrolle der Elisabeth Bergner.

Das leichte, lustige, französische Unterhaltungsstück war die zwei Proben wirklicher Qualitätsware vertreten. Das Lustspiel „Aber, Mama!“ von Louis Verneuil, das uns „Renaissance-Theater“ in einer in den Hauptrollen ganz harmonischen Aufführung besetzte, schildert das Erwachen der Liebe zwischen Stiefsohn und noch jüngerer Stiefmutter einer ungemein großzügigen, geschmackvollen, feinkomischen Fassung. Mit einem handfesten Schwanz „Die Perle“ von Paul Bernard machte uns die „Komödie“ bekannt. Der Witzwart einer echt schwanzhaft komplizierten Verwechslungsgeschichte ist mit so vielen übermütigen, originellen, humoristischen Pointen überschüttet und in der komischen Charakterisierung Personen von so treffender Plastik, daß die lebhaften Zuschauer auf der Bühne nicht selten in den Nachstücken Zuschauer untergingen.

Die Städtische Oper endlich wandte viel Mühe an fast vergessene Oper „Der Blick“ des Franzosen Halévy, von dessen reicher Produktion heute nur noch die große „Die Jüdin“ zum eifernden Bestand unserer Opernbühnen geblieben ist. Es ist eine intime, gloriole Kammeroper mit leicht humoristischem Einschlag, die an zwei Sopranrollen, eine Tenorrolle und eine Bassrolle hat. Das ganz einfach instrumentierte Werk hört mit manchen gefälligen, vornehmen, gefanglich dantbar Partien immerhin zu den bedeutenderen Vertretern seiner Gattung, wirkt aber auf die Dauer doch zu monoton und allmählich primitiv, um nachhaltigeres Interesse zu erwecken.